



Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Hermann Glaser

Hartmut Kuhlmann

Hans-Peter Lühr

Caroline Y. Robertson-Wensauer

Dieter Sauberzweig

Hans Gerd Schütte

Heft 1/97
Jahrgang 1
2. Auflage

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

– Eine Einführung –

Caroline Y. Robertson-Wensauer

1. Zielsetzung der Reihe.....	1
2. „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“	2
3. Das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft.....	4
4. Zu dieser Ausgabe.....	5

1. Zielsetzung der Reihe

„Zauber der Unschärfe“, so ist ein Artikel von *Renate Schlesier* (Die ZEIT, Nr. 48, 1996) über die Entwicklung der neuen Kulturwissenschaften überschrieben. Wie viele andere stellt die Autorin fest, daß die Reflexion über das „Woher“ und „Wohin“ der jungen Disziplin erst am Anfang stehe. Konsens sei weder über den begrifflichen „Überbau“, noch über das Verhältnis von Theorie und Praxis, über Gegenstand und „gesellschaftlichen Auftrag“ der Kulturwissenschaft oder über einen Fächerkanon gegeben. Lediglich in einem Punkt dürfte Einigkeit vorhanden sein: die teilweise sehr unterschiedlichen Entwicklungspfade zeigen einen Diskussionsbedarf an. Mehr noch, der Austausch von Positionen zwischen den konstituierenden Disziplinen, aber auch der Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis sind für eine fruchtbare Weiterentwicklung der Kulturwissenschaften dringend erforderlich. Das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft möchte mit der Herausgabe einer in loser Folge erscheinenden Publikationsreihe zum Thema „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ hierzu beitragen. Damit soll ein Forum mit dem Ziel bereitgestellt werden, eine möglichst breite Diskussion anzuregen.

Die öffentliche Diskussion zum Thema ist gespalten: einerseits zeigen Strukturkonservatismus, Befürchtungen wegen der Aufgabe des „reinen“ Bildungsauftrages bis hin zu (hochschul)politisch bedingten neuen Verteidigungsstrategien der Fächer eine pessimistische Einfärbung; andererseits herrscht Optimismus hinsichtlich einer möglichen sinnstiftenden Wirkung der neuen Kulturwissenschaften im Rahmen einer modernisierten „Bildungsorientierung“.

Die von Kritikern und Befürwortern aufgeworfenen Fragen bedürfen der nüchternen fachübergreifenden Gegenüberstellung. Ebenso ist die Miteinbeziehung von Experten aus der Praxis nicht nur erforderlich, sondern für eine angewandte Kulturwissenschaft unabdingbar. Dies setzt allerdings eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis der Kulturwissenschaft voraus, das in der heutigen Hochschullandschaft teils diffus – was bei einer jungen Wissenschaft durchaus positiv sein kann, da hiermit Offenheit und Entwicklungsfähigkeit induziert sind –, und teils von tiefgreifenden Gegensätzen geprägt sein dürfte.

Die vorliegende Reihe beabsichtigt, Differenzen und Gemeinsamkeiten des interdisziplinären kulturwissenschaftlichen Diskurses aufzuspüren. Probleme und Erfahrungen aus benachbarten Disziplinen, Stellungnahmen aus der Praxis sowie die Gegenüberstellung mit relevanten Entwicklungen aus der internationalen „scientific community“ sollen berücksichtigt werden. Im Sinne einer „Werkstätte“ des kontinuierlichen Austausches und in der Tradition eines möglichst breit angelegten Diskussionsforums sollen vorwiegend kurze Beiträge und „unfertige“ Denkstöße hier ihren Platz finden. In diesem Sinne sei zu konstruktivem Streit eingeladen. Gegenmeinungen, Ergänzungen und Kommentare sind ausdrücklich erwünscht! Es ist daher eigentlich überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die in „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ veröffentlichten Standpunkte nicht mit den mehrheitlich im Institut vertretenen Positionen übereinstimmen müssen.

2. „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“

Als vorläufiges „Ergebnis“ des gegenwärtigen Diskurses lassen sich einige zentrale Positionen und Standpunkte herausgreifen, die – alte und neue – Spezialisierungs- und Polarisierungstendenzen innerhalb der unter dem Etikett „Kulturwissenschaft“ subsumierten Richtungen erkennen lassen. Zum einen ist die Anwendungsorientierung kulturwissenschaftlicher Erkenntnisse und damit auch die Beschaffenheit der aufgeworfenen Fragen und Untersuchungsgegenstände umstritten. Hierbei handelt es sich zum einen um die von *Wolfgang Frühwald* aufgeworfene Diskussion, die meines Erachtens in mehrfacher Hinsicht dazu geeignet ist, die Differenzen innerhalb des Faches Kulturwissenschaft aufzuzeigen. In einem Interview in der ZEIT (1996) konstatiert er: „Wir dürfen nicht nur zweckorientiert, anwendungsorientiert arbeiten, sondern müssen auch kulturorientiert, mit einem ganz altmodischen Begriff gesagt: bildungsorientiert arbeiten.“ Damit wird wohl die strittigste Frage angesprochen, die sich allerdings nicht unabhängig von dem beantwortet läßt, was unter Kulturwissenschaft zu verstehen ist. Es handelt sich um das bereits angesprochene Selbstverständnis des Faches, das sich derzeit teils aus einem geistes-, teils aus einem mehr sozialwissenschaftlich orientierten Umfeld rekrutiert. Den Stellenwert von positivem oder exaktem Wissen, die Methodenfrage – empirische versus heuristische Analyse – und das Verhältnis von Theorie und Praxis bleiben offene Fragen, die von Institut zu Institut stark divergieren. Dies läßt sich vor allem anhand der angebotenen neuen Studiengänge verdeutlichen.

Gegenwärtig ist der öffentliche Diskurs von der von *Frühwald* eröffneten Debatte über die Modernisierung der Geisteswissenschaften geprägt. Hierbei besteht die Gefahr, „Kulturwissenschaft“ mit „modernisierter Geisteswissenschaft“ gleichzusetzen, die eine Reduzierung der interdisziplinären Heterogenität des neu entstehenden Faches zur Folge haben könnte. Aus dieser Sicht muß auch der Vorschlag *Frühwalds*, die Geisteswissenschaften in Kulturwissenschaften umzubenennen, abgelehnt werden. Es kann nicht darum gehen, die traditionellen Geisteswissenschaften aufzugeben, was der Notwendigkeit einer fachinternen Modifizierung der Gegenstandsbereiche sowie einer Neubestimmung des Verhältnisses zu benachbarten Disziplinen und zur Praxis nicht widerspricht; noch kann es darum gehen, die neuen Kulturwissenschaften durch die Geisteswissenschaften usurpieren zu lassen. Die „Modernisierungsdebatte“ und die Konstituierung einer genuin anwendungsorientierten Kulturwissenschaft, die sich von vornherein als interdisziplinär versteht, sind allerdings zweierlei. Die zunächst beliebig anmutende Zusammensetzung der Disziplinen und die Kommunikation zwischen den Fächern, die eine Klärung von zentralen Gegenstandsbereichen und anzuwendenden Methoden voraussetzt, stellen Grundfragen dar, die es im Rahmen der „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ zu diskutieren gilt. Eines dieser Problemfelder besteht in der Herausbildung eines fachübergreifenden Konsenses hinsichtlich der Herausbildung wissenschaftlicher Standards, jenseits der traditionellen fachinternen Wissenschaftsentwicklung. Auch hier ist ein offener Austausch der Disziplinen angezeigt.

Eine anwendungsbezogene Kulturwissenschaft zeichnet sich jedoch in allererster Linie dadurch aus, daß sie primär an der Entwicklung von Problemlösungen und Lösungsstrategien interessiert ist. Sie richtet sich nach der Kulturbedingtheit sozialer Wirklichkeiten und gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, die fachübergreifend reflektiert werden müssen, um sowohl zwischen den Disziplinen und zwischen Theorie und Praxis zu vermitteln, als auch durch eigene (Forschungs)leistungen Lösungsangebote zu machen. Erst in der „Auseinandersetzung“ mit der Praxis und durch die projektbezogene Rückkopplung zwischen den Disziplinen wird sich eine „echte“ interdisziplinär und anwendungsorientierte Kulturwissenschaft entfalten können.

In diesem Sinne gehört das Stellen der „richtigen“ Fragen zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Kulturwissenschaften. In einer „informationsdurchfluteten“ Gesellschaft ist das Aufwerfen neuer Fragen, wie Hermann Glaser einmal bemerkte, das eigentlich Produktive. Von einem sich neu konstituierenden Fach wird man dies ohnehin erwarten dürfen, denn erst durch neuartige oder anders akzentuierte Fragestellungen – theoretische und analytische Vorleistungen der Thesenbildung mit eingeschlossen – leisten die neuen Kulturwissenschaften einen Beitrag, der durch die bloß additiven Anstrengungen der Einzeldisziplinen nicht hätte erfolgen können. Anders ausgedrückt: es geht um die Legitimation eines neuen Wissenschaftszweiges, nämlich der Angewandten Kulturwissenschaft! Die kontinuierliche Beschäftigung mit einer trans- oder interdisziplinären Kommunikation innerhalb des Faches muß daher eine zentrale Bedeutung eingeräumt bekommen.

3. Das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft

Das Institut entstand aus einer Initiative einiger Personen Anfang der 80er Jahre, die vornehmlich der Fakultät der Geistes- und Sozialwissenschaften angehörten. Zunächst wurde unter gleichem Namen eine Forschungsstelle an der Universität eingerichtet. In der Anfangsphase des Instituts spielten eine interdisziplinär angelegte Erörterung des Kulturbegriffs sowie Überlegungen hinsichtlich einer anwendungsorientierten Forschung eine besondere Rolle.

Zunächst zum Kulturbegriff. Ausgehend von der grundlegenden Erkenntnis, daß unser soziales Handeln stets durch die Wahrung des kulturellen Erbes und dessen dynamische Deutung in der Gegenwart geprägt ist, wurde insbesondere das Spannungsfeld Kulturwandel und Technikentwicklung aus der Sicht der Disziplinen beleuchtet. Anknüpfend an die Diskurse der 70er und 80er Jahre, die sowohl auf der wissenschaftlichen kultursoziologischen Ebene als auch auf der praktischen kulturpolitischen Ebene geführt wurden, wird von einem erweiterten Kulturbegriff ausgegangen. Entsprechend diesem Begriff sowie unserem Standort als interfakultative Einrichtung einer Technischen Hochschule, stellt die Erforschung der Wechselwirkungen zwischen Kultur und Technik sowie der Auswirkungen dieser Entwicklungen auf allgemeine Gesellschaftsprozesse eine Hauptaufgabe einer anwendungsorientierten Kulturwissenschaft dar. Der besondere Beitrag des Instituts liegt zum einen in der interdisziplinären Betrachtung, zum anderen in der vergleichenden Analyse, die häufig interkulturell angelegt ist.

Neben dem inter- bzw. transdisziplinären Austausch, der zunächst als Leitlinie für Forschungsvorhaben dienen sollte, stellte sich die Frage nach der Verantwortung und nach den Betätigungsfeldern des Instituts im Rahmen seines universitären Auftrags. Wie an einer Hochschule üblich, liegt diese Verantwortung nicht nur in der Forschung, sondern auch darin, die durch Forschung und Dialog der Disziplinen gewonnenen Erkenntnisse in der Lehre zu vermitteln. Wir haben deshalb das Begleitstudium „*Angewandte Kulturwissenschaft*“ konzipiert, das genau dieses reflektieren sollte. Orientierungswissen einerseits, Schlüsselqualifikationen in Form sozialer, (inter)kultureller und kulturtechnischer Kompetenz andererseits werden vermittelt.

Ein weiteres wichtiges Ziel des Instituts liegt im Bereich der „öffentlichen Wissenschaft“. Die Bereitstellung einer Diskussions- und Dialogplattform zur Annäherung von Positionen aus den Sozial-, Geistes-, Natur- und Technikwissenschaften wird angestrebt und durch die regelmäßige Veranstaltung von Tagungen, Symposien und Vortragsreihen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Zusammenarbeit mit Kulturinstitutionen und mit der Stadt Karlsruhe ist ebenso ein wichtiges Anliegen des Instituts. Neben der „Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH)“ bei der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden soll die im Eigenverlag erscheinende Publikationsreihe „*Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft*“ die Arbeit des Instituts vermitteln.

Inzwischen sind 17 Fachbereiche mit 25 Professoren aus sieben Fakultäten am Institut vertreten. Damit wird schon eine strukturelle Grundvoraussetzung für das Zusammenwirken der Disziplinen garantiert.

4. Zu dieser Ausgabe

Das vorliegende erste Heft der „Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft“ wird von Hermann Glaser, der derzeit die Stiftungsprofessur der L-Bank Baden-Württemberg am IAK inne hat, herausgegeben. Die Beiträge gehen auf eine von der L-Bank finanzierte und von Hermann Glaser konzipierte Kolloquiumsreihe „Aspekte aus Wissenschaft und Praxis“ im Sommersemester 1996 zurück.

Über die ästhetische Erziehung des Menschen in der Industriegesellschaft – Prinzipielles zur Angewandten Kulturwissenschaft –

Hermann Glaser

1. Beginnen wir mit Schiller	7
2. Vom Chaos der Industriegesellschaft.....	12
3. Entweder Kultur oder Gesellschaft	16

1. Beginnen wir mit Schiller

„Die Kultur selbst war es, welche der neueren Menschheit diese Wunde schlug. Sobald auf der einen Seite die erweiterte Erfahrung und das bestimmtere Denken eine schärfere Scheidung der Wissenschaften, auf der andern das verwickeltere Uhrwerk der Staaten eine strengere Absonderung der Stände und Geschäfte notwendig machte, so zerriß auch der innere Bund der menschlichen Natur und ein verderblicher Streit entzweite ihre harmonischen Kräfte. Ewig nur an ein einzelnes kleines Bruchstück des Ganzen gefesselt, bildet sich der Mensch selbst nur als Bruchstück aus.“

Ehe die Moderne anhub, die Industrialisierung mit ihrem Prinzip der Arbeitsteilung sich entfaltete und die Spezialisierung – auf immer kleinere „Bruchstücke des Ganzen“ ausgerichtet: von immer weniger weiß man immer mehr –, um sich griff, hat Friedrich Schiller visionär und mit Pessimismus den Prozeß der Enkulturation als den Verlust von Totalität (mit dem Ergebnis aufgespaltener Identität) beschrieben. Zugleich hat er, der ihn prägenden dialektischen Denkstruktur entsprechend und bestimmt vom Prinzip Hoffnung, ein Gegenbild entworfen: Das Projekt eines Universalismus, der in Erwartung der Moderne diese vor dem Zerfall, „dem verderblichen Streit“ (die „harmonischen Kräfte“ entzweierend) zu bewahren vermag.

In seiner Antrittsvorlesung 1789 als Professor der Geschichte in Jena entwickelte er, auf die Historiographie bezogen, das Bild einer den einzelnen, das Individuum, mit der Gattung versöhnenden Gesellschaftsordnung. Die ästhetische Erziehung des Menschen ist das Medium, mit dessen Hilfe sich das seiner Selbst entfremdete Ich zu einem neuen, glücklichen Bewußtsein hin zu entwickeln vermag. Das bedeutet, „Natürlichkeit“ gegenüber verkünsteltem Dasein wieder herzustellen – freilich nicht in Form der Regression eines „Zurück-zur-Natur“, sondern in Form eines sentimentalisierten

schen Bemühens: Wir können nicht mehr naiv sein, aber einen Sinn für das Naive entwickeln. Solche Romantik der Aufklärung gilt es auch heute inmitten einer fast alle Bereiche prägenden zivilisatorischen Entfremdung vom „Ursprünglichen“ wieder zu entdecken.

Die Natürlichkeit hochschätzende Befindlichkeit wird durch das Spiel, paradox ein künstlich-künstlerisches Medium (man erinnere sich an Joseph Beuys Grundsatz: „Jeder Mensch ist ein Künstler!“) befördert. „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Wortes Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt.“ Im Spiel sind wir der Schwerkraft des Daseins, der „gravierenden“ Natur enthoben; der Formtrieb versetzt uns gegenüber der „Stofflichkeit“ in einen Zustand des Als-ob-wir-frei-sein-könnten; in der „Dunkelkammer“ unserer beschränkten Existenz (um das Platonische des Schillerschen Denkens anzusprechen) beginnen wir uns der Lichtquelle, der Wahrheit der Ideen zuzuwenden, und die Fesseln, die den Aufstieg behindern, zu lösen. Die Vision, die Utopie – Friedrich Schiller begrüßte die Französische Revolution (und war entsetzt über den Terror in ihrem Gefolge) – beflügelt den Aufbruch in die Gefilde des „ästhetischen Staates“.

*„... Aber in den heitern Regionen,
Wo die reinen Formen wohnen,
Rauscht des Jammers trüber Sturm nicht mehr.
Hier darf Schmerz die Seele nicht durchschneiden,
Keine Träne fließt hier mehr dem Leiden,
Nur des Geistes tapfrer Gegenwehr.
Lieblich, wie der Iris Farbenfeuer
Auf der Donnerwolke duftgem Tau,
Schimmert durch der Wehmut düstern Schleier
Hier der Ruhe heitres Blau.“*

Kann uns das Schillersche Paradigma der „ästhetischen Erziehung des Menschen“ als Aufhebung des Dualismus von Materie und Geist, stofflicher Schwerkraft und sublimer Ideenwelt bei den Bemühungen angewandter Kulturwissenschaft philosophische Orientierungshilfe geben?

Die Antwort ist schwierig, wenn wir uns nicht von einem kulturaffirmativen Feierlichkeitspathos davontragen lassen. Aufgeworfen wird eine prinzipielle Frage: nämlich die Bedeutung des Prinzipiellen. Wie kann das Grundsätzliche, das Karl Marx „Überbau“ nannte, den Grund von Praxis – sie vollzieht sich im Unterbau –, also parterre (zu ebener Erde) – bestimmen (in unserem Zusammenhang ästhetische Erziehung die industrielle Gesellschaft, wie sie sich heute vor allem digitalisiert und telematisch darbietet, sublimieren)?

Zunächst wird „angewandte Kulturwissenschaft“ das Ziel haben müssen, die Menschen in ihrer „Ästhesie“, ihrem Empfindungsvermögen (der Sensibilität fürs Schöne, Gute und Wahre) zu fördern – und zwar in Form demokratischer Kultur. Es geht um das „Bürgerrecht Kultur“, um „Kultur

für alle“ (als Option). In Goethes „Die Leiden des jungen Werthers“ findet sich eine Stelle, die narrativ deutlich macht, daß ästhetische Erfahrung in ganz besonderem Maße über Sekundärerlebnisse sich vollzieht, Sekundärerlebnisse, die kommunikative Verbindung als den Wärmestrom der wechselseitigen Sympathie herzustellen vermögen.

„Wir traten ans Fenster. Es donnerte abseitswärts, und der herrliche Regen säuselte auf das Land, und der erquickendste Wohlgeruch stieg in aller Fülle einer warmen Luft zu uns auf. Sie stand auf ihren Ellenbogen gestützt, ihr Blick durchdrang die Gegend, sie sah den Himmel und auf mich, ich sah ihr Auge tränenvoll, sie legte ihre Hand auf die meinige und sagte: – Klopstock! – Ich erinnerte mich sogleich der herrlichen Ode, die ihr in Gedanken lag, und versank in dem Strome von Empfindungen, den sie in dieser Losung über mich ausgoß.“

Die Gemeinsamkeit zwischen Lotte und Werther entsteht über die Gemeinsamkeit des kulturellen Kürzelvorrats. Klopstocks „Frühlingsfeier“, mit der Schilderung eines Frühlingsregens – das ist die „herrliche Ode, die ihr in Gedanken lag“ – evoziert Äquivalentes in beiden.

Demokratische Kultur bedarf der Demokratisierung kultureller Zeichen. Jeder muß „Klopstock“ sagen können, wenn er der Heiterkeit des Gewitternachregens gegenwärtig ist. Demokratisierung des Schönen bedeutet: Verfügbarkeit von Kürzeln und die Fähigkeit, diese zu entschlüsseln; Aufnahmefähigkeit für kulturelle und künstlerische Signale; geistiger und seelischer Nachvollzug dessen, was vorgedacht, vorgelebt, vorgestaltet wurde; Vermögen, sich auszudrücken, sich zu artikulieren, seiner Kreativität zu leben. Hineingesprengt werden muß Ästhetik in diesem Sinne in den Alltag, in die stereotypen Szenarien unseres Lebens, in die Zwänge, damit die Stunden wahrer Empfindungen häufiger schlagen – Augen-Blicke, da sich die Begegnung des Menschen mit der Idee vollzieht. Von solcher „prinzipieller“ Forderung aus wäre dann die Präsenz bzw. der Mangel an Präsenz von Kulturerziehung in unseren Schulen (etwa den Berufsschulen) zu überprüfen, die Notwendigkeit musischer Erziehung in eine entsprechende Wirklichkeit umzusetzen.

Mit der Trias des „Schönen, Guten und Wahren“ (die ohne die Gegenbilder des Häßlichen und Bösen ein Pfefferkuchenausdruck bliebe) ist eine bestimmte Vorstellung von Ästhetik angesprochen, nämlich eine solche der Entgrenzung: auf Ethik transzendierend; das Schöne zielt dann auf eine Anthropologie, die sich als prinzipiell normativ begreift, aber innerhalb solcher Axiomatik den größtmöglichen inhaltlichen und gestalterischen Freiraum anbietet. „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut! Denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen.“

Ästhetik vermittelt gegenüber den bitteren Erfahrungen mit der Menschheitsgeschichte den Konjunktiv und Optativ einer anderen, besseren Welt, eines anderen, besseren Menschen, verstärkt das interkulturelle Postulat, daß alle Menschen verschieden sind und sein dürfen, aber die gleichen Rechte besitzen müssen. Der vor allem die deutsche Klassik bestimmende Kalokagathie-Begriff – die Schöngutheit des Menschen idealtypisch „hervorhebend“ (etwa in der Gestalt der Iphigenie und

des auch als Barbar die Stimme der Menschlichkeit hörenden Thoas) – kann leicht zu einer die Realität völlig verdrängenden Illusion werden, wenn die Auseinandersetzung mit der realistischen, sehr pessimistisch einzuschätzenden Gegenwelt fehlt. Sigmund Freud hat in seiner Abhandlung über das „Unbehagen in der Kultur“, schon vom Titel her die Dialektik des Kulturellen ansprechend, diese andere Wahrheit (Auch-Wahrheit) über den Menschen – und das war noch vor Auschwitz und vor der Kenntnis vom stalinistischen Gulag-System – in leider auch heute wieder unveränderter Aktualität benannt:

„Das gern verleugnete Stück Wirklichkeit hinter alledem ist, daß der Mensch nicht ein sanftes, liebebedürftiges Wesen ist, das sich höchstens, wenn angegriffen, auch zu verteidigen vermag, sondern daß er zu seinen Triebbegabungen auch einen mächtigen Anteil von Aggressionsneigung rechnen darf. Infolgedessen ist ihm der Nächste nicht nur möglicher Helfer und Sexualobjekt, sondern auch eine Versuchung, seine Aggression an ihm zu befriedigen, seine Arbeitskraft ohne Entschädigung auszunützen, ihn ohne seine Einwilligung sexuell zu gebrauchen, sich in den Besitz seiner Habe zu setzen, ihn zu demütigen, ihm Schmerzen zu bereiten, zu martern und zu töten. Homo homini lupus, wer hat nach allen Erfahrungen des Lebens und der Geschichte den Mut, diesen Satz zu bestreiten?“

Die Industriegesellschaft, auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, ist in Gefahr, daß sie – in Überantwortung an den zivilisatorischen Fortschritt – die durch ihn kaschierte oder verdrängte Abgründigkeit des Menschen übersieht, seine stets latente, zu ständigem Ausbruch bereitstehende regressive Aggressivität mit Hilfe warenästhetischer Trivialmythen (unter dem Gebot bzw. Angebot eines deodoranten Frischwäfts) überspielt. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat, mitten im Herzen Europas und damit der europäischen Industriegesellschaft, deutlich gemacht, wie dünn das Eis ist, auf dem der Fortschritt dahingleitet. In seiner Abhandlung „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ hat Hans Magnus Enzensberger darauf hingewiesen, daß es eine Selbsttäuschung sei, die ständigen Ausbrüche kollektiven Wahns in entfernten Gegenden, etwa in der Dritten Welt zu lokalisieren und so zu tun, als spiele sich der unverständliche Kampf in großer Entfernung ab. „In Wirklichkeit hat der Bürgerkrieg längst in den Metropolen Einzug gehalten. Seine Metastasen gehören zum Alltag der großen Städte, nicht nur in Lima und Johannesburg, in Bombay und Rio, sondern auch in Paris und Berlin, in Detroit und Birmingham, in Mailand und Hamburg. Geführt wird er nicht nur von Terroristen und Geheimdiensten, Mafiosi und Skinheads, Drogengangs und Todesschwadronen, Neonazis und Schwarzen Sheriffs, sondern auch von unauffälligen Bürgern, die sich über Nacht in Hooligans, Brandstifter, Amokläufer und Serienkiller verwandeln. Wie in den afrikanischen Kriegen werden diese Mutanten immer jünger. Wir machen uns etwas vor, wenn wir glauben, es herrsche Frieden, nur weil wir immer noch unsere Brötchen holen können, ohne von Heckenschützen abgeknallt zu werden.“

Die ästhetisch durchgestylte Industriegesellschaft, auf Oberflächen-Design viel mehr Wert legend als auf die existentiellen Probleme des Seins, ist in Gefahr, einem Zustand zuzustreben, den Aldous

Huxley in seinem Roman „Schöne neue Welt“ (1932) für die Zukunft voraussah. Im Vorwort der Neuauflage (1949) spricht er davon, daß es keinen Grund mehr gebe, warum der neue Totalitarismus dem alten gleichen solle. Ein Regieren mit Hilfe von Knüppeln und Erschießungskommandos, mittels künstlicher Hungersnot, Massenverhaftungen und Massendeportationen sei nicht nur unmenschlich (darum schere sich heutzutage niemand viel), sondern beweisbar leistungsunfähig – und damit, in einem Zeitalter fortgeschrittener Technik, eine „Sünde wider den heiligen Geist“. „Ein wirklich leistungsfähiger totalitärer Staat wäre einer, worin die allmächtige Exekutive politischer Machthaber und ihre Armee von Managern eine Bevölkerung von Zwangsarbeitern beherrschen, die gar nicht gezwungen zu werden brauchen, weil sie ihre Sklaverei lieben. Ihnen die Liebe zu ihr beizubringen, ist in heutigen totalitären Staaten die den Propagandaministerien, Zeitungsredakteuren und Schullehrern zugewiesene Aufgabe. Aber deren Methoden sind noch immer plump und unwissenschaftlich.“ In Zukunft werde die Liebe zur Sklaverei in den Gemütern und Leibern der Menschen fest verankert sein – als Ergebnis einer tiefgehenden persönlichen Revolution.

Der Begriff des Totalitären schließt damit auch einen Kapitalismus ein, der den ethischen Utilitarismus, wie er als „dritter Weg“ die soziale Marktwirtschaft bestimmen muß (das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl anstrebend), mißachtet. Das Schöne – die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat dies gezeigt – kann leicht manipuliert und instrumentalisiert werden. Walter Benjamin spricht von der „Ästhetisierung der Barbarei“ und meint damit die kulturelle Verpackung, wie sie Diktaturen handhaben. Gerade der Nationalsozialismus hat einen Schönheitskult betrieben, der die Fassade für abgründigste Unmenschlichkeit abgab.

Die Ästhetisierung der Profitmaximierung wirkt da zunächst recht harmlos; doch sind die anthropologischen Auswirkungen einer eindimensionalen Ästhetik, also einer Ästhetik, die das Gute und Wahre vernachlässigt – man denke an die Sogkraft der realexistierenden Telematik –, noch gar nicht abschätzbar. Was hülfte es dem Menschen, wenn er die Welt gewänne, indem er sie im Internet durchsurft, und nähme Schaden an seiner Seele, indem er auf die sublimierende (veredelnde) Kraft der Kultur keinen Wert mehr legt? Ästhetik eindimensional – anything goes, all is pretty, don't worry be happy –, Ästhetik, die allein in einer Kunst-um-der-Kunst-willen fundiert ist, erweist sich als Anästhetisierung.

Schon die gemeinsame Wortwurzel von Ästhetik und Anästhesie kann auf die der Industriegesellschaft immanente Gefahr des Umschlags von Empfindungsvermögen in Empfindungsverhinderung verweisen. Prinzipiell wird angewandte Kulturwissenschaft, in Gegensteuerung zur ästhetisch bewirkten Anästhetisierung, ständig Ästhetik in ihrer transzendierenden Totalität zu rekonstituieren haben – in ganz besonderem Maße dadurch, daß sie kulturelle und künstlerische Vor-Bilder vermittelt – getragen von dem Prinzip Hoffnung, als ob deren Vermittlung triebdynamische Dominanz zu verhindern vermag; und bestimmt vom Mythos Aufklärung: dem Glauben, daß die Vernunft in ihrer Gesamtheit (Kognition wie Emotion, Historie wie Antizipation, Analyse wie Synthese einschließend) den Menschen zu humanisieren vermag.

Lassen Sie mich dies mit einem der ergreifendsten Sinn-Bilder deutscher Literatur verdeutlichen, nämlich der „Ringparabel“ aus Lessings „Nathan der Weise“. Die Tugenden mitmenschlich-empathischer Toleranz und einer in der Selbstaufklärung der Aufklärung liegenden Skepsis – jenseits dogmatisch-ideologischer Hybris – sind hier gleichnishaft verdichtet: „Es eifre jeder seiner unbestochnen,/ von Vorurteilen freien Liebe nach!/ Es strebe von euch jeder um die Wette,/ die Kraft des Steins in seinem Ring an Tag/ zu legen! komme dieser Kraft mit Sanftmut,/ mit herzlicher Verträglichkeit, mit Wohltun,/ mit innigster Ergebenheit in Gott/ zu Hilf’!“

Der weise, „bescheid’ne“ Richter regelt auf diese Weise den Streit dreier Söhne, von denen jeder den Alleinanspruch auf den vererbten „einzigen Ring“ des Vaters erhebt (während doch alle drei – „gewiß, daß er euch alle drei gleich geliebt“ – ununterscheidbare „Musterringe“ vorlegen können). Der Wahrheitsbeweis wird aus behauptetem fundamentalistischem Anspruch (Judentum, Christentum, Islam) in den objektiven Faktor Subjektivität verlegt, „auf Bewährung“. („Der rechte Ring vermutlich ging verloren... So glaubte jeder sicher seinen Ring den echten.“)

2. Vom Chaos der Industriegesellschaft

Das Kalkulationssystem der Industriegesellschaft ist immer noch dominiert von betriebswirtschaftlichen Überlegungen, das Wechselspiel und Ineinandergreifen von Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft zu wenig beachtend. Auf das literarische Beispiel übertragen, würde dies die paradoxe Frage rechtfertigen, wie oft ein Jugendlicher „Nathan der Weise“ gelesen oder gesehen haben muß, damit er nicht zum gewalttätigen Skinhead wird. Abgesehen davon, daß kulturelle Quantität nicht „direkt“ in Qualität umschlägt – so absurd ist jedoch in Hinblick auf eine cost-benefit-analysis von kulturellen Investitionen die Frage gar nicht. Die Graffiti-Spray-Inschrift in einer Londoner U-Bahn: „When I hear the word revolver I reach for my culture“ (in Umdrehung eines Wortes aus dem Drama „Schlageter“ des NS-Dichters Hanns Johst: „Wenn ich das Wort ‘Kultur’ höre, entsche ich meine Browning“) hat durchaus auch ihre „bahnbrechende Berechtigung“. Was in der Naturwissenschaft die Chaos-Theorie deutlich macht, gilt auch für angewandte Kulturwissenschaft: kleinste auslösende Momente können größte Wirkungskraft haben. So wie meteorologisch der Flügelschlag eines Schmetterlings über China einen Hurrikan in der Südsee hervorrufen kann – ein Wort des Chaosforschers E. Lorenz –, so können kulturelle Schmetterlings-Flügelschläge verderbenbringende Wirbelstürme verhindern.

Bezieht man die Metapher auf einige Fakten der Wechselbeziehung von Sekundär- und Primärprävention – nachfolgend nur exemplarisch illustriert –, so wird leicht einsehbar, in welcher monetären Dimension kulturelle therapeutische „Eingriffe“ sich auswirken können.

Da ist zunächst ganz allgemein das moralische Niveau der Gesellschaft. „Mir ist wohl bekannt, daß die Arbeitslosen nicht das Hauptreservoir der Kriminalität sind, aber ich glaube, daß ein Land, das sich so viele Arbeitslose leistet, einfach eine steigende Kriminalitätsrate, Vandalismus und andere Auswirkungen in Kauf nehmen muß.“ (Ralf Dahrendorf) Die Wechselwirkungen zwischen der durch Arbeitslosigkeit und den Verlust von Lebenssinn bewirkten Frustration und der daraus entstehenden Frustrationsaggressivität, die wiederum leicht zu kriminellen Handlungen führt, sind heute wohl unbestreitbar; ein Gefängnisplatz kostet „volkswirtschaftlich“ etwa 45–50.000 DM pro Jahr. Der amerikanische Soziologe Richard B. Freeman hat sehr zutreffend formuliert: „Das Äquivalent der Langzeitarbeitslosen in Europa sind in den USA die Strafgefangenen. Die Europäer geben ihnen Unterstützung, wir schicken sie ins Gefängnis mit freier Wohnung, Essen und Fernsehen.“

Schon im Jahr 1987 wurde die Zahl der Alkoholkranken in der Bundesrepublik Deutschland auf 1,5 Millionen geschätzt. Bei etwa 20 Prozent der Verkehrsunfälle ist Alkohol im Spiel; im Jahr 1988 sind in der Bundesrepublik Deutschland 1498 Menschen unter dem Einfluß von Alkohol im Straßenverkehr ums Leben gekommen. Jede sechste Kündigung soll ihren Grund im Alkoholmißbrauch haben. Die volkswirtschaftlichen Schäden, die der Alkohol anrichtet, lassen sich kaum beziffern; doch sprechen die etwa 400.000 Arbeitsunfälle pro Jahr, deren Ursachen auf Alkoholmißbrauch zurückgeführt werden, eine deutliche Sprache. 1992 waren rund 500.000 Kinder und Jugendliche – um eine wichtige Bevölkerungskohorte herauszugreifen – alkoholkrank. Ein wesentlicher Grund für Alkoholismus ist mentale Verelendung.

In der Industriegesellschaft verstärken sich generell die psychisch bedingten Leiden. Die allgemeine Misere wirkt sich dabei genauso gravierend aus wie der Niedergang von Sozialprestige oder die Reduzierung von Wohlstand, verbunden mit der Angst vor weiterem sozialen Niedergang. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nach Schätzung einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung heute fast 750.000 Langzeitkranke mit psychischen Leiden; etwa ein Viertel aller Erwachsenen muß damit rechnen, im Laufe ihres Lebens an einer psychischen Störung zu erkranken. Es handelt sich dabei um exogene, also von außen bewirkte Depressionen, Neurosen und Psychosen; groß sind die Schwierigkeiten bei beruflicher Rehabilitation und der Wiedereingliederung in die normale Lebenswelt.

Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik Deutschland ist an einer Kostenexplosion erkrankt. Es verschlingt insgesamt über 200 Milliarden DM im Jahr. Allein die Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung, der über 90 Prozent der Bevölkerung angehören, erreichten 1986 rund 120 Milliarden DM, während sie 1970 noch 25,2 Milliarden DM betragen. Man kann die Krankheit des Gesundheitswesens nicht dadurch lösen, daß man die Kostenexplosion isoliert sieht; man muß die Gründe für das Ansteigen der Erkrankungen, die zu einem größeren Teil psychosomatisch be-

dingt sind, mitbeachten. Zu klären wäre, in welchem Umfang gesellschaftliche Defizite die Anfälligkeit für Krankheit steigern und welche ganzheitlichen kulturellen Gegenmaßnahmen angebracht wären.

Natürlich ist Alter keine Krankheit; doch kostet eine frühzeitige, selbst bei arbeitslosen Jugendlichen bereits feststellbare „Vergreisung“, ein zu früher Übergang in den Rentenstatus und ein Alter ohne Tätigkeit, die Gesellschaft hohe Summen. Die Investitionen für den „Humanmarkt“ sollten auch dazu dienen, die negativen Folgen der Ghettoisierung von Alter zu bekämpfen, indem man – z.B. mit Hilfe von Werkstättenprogrammen – diese verhindert und statt dessen Integration ermöglicht. Im Verhältnis der verschiedenen Altersgruppen zueinander bringen die nächsten Jahre eine als dramatisch zu bezeichnende Verschiebung. So betrug der Jugendquotient (das ist der Anteil der unter 20jährigen gegenüber den 20- bis unter 60jährigen) 1990 37,4 Prozent; sein Wert von 35,8 Prozent für das Jahr 2030 zeigt keine starke Belastung für die Bevölkerung im erwerbstätigen Alter, also die Gruppe der 20- bis unter 60jährigen an. Der Altersquotient dagegen (der Anteil der über 60jährigen gegenüber den 20- bis unter 60jährigen) steigt von 35,2 Prozent 1990 auf 72,7 Prozent für das Jahr 2030; dies bedeutet eine Steigerung um 107 Prozent. Der Altersaufbau der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland stellt die Alterspyramide quasi auf den Kopf; einem relativ schmalen jugendlichen Sektor entspricht eine zunehmende Verstärkung in den oberen Altersbereichen. Im Jahr 2010 wird über ein Viertel der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein. Antizipatorische Vernunft muß allein schon aus volkswirtschaftlichen Gründen ein Interesse haben, Altersschäden soweit wie möglich hinauszuzögern; deren Therapie kommt viel teurer als Vorsorge. Integration bedeutet, daß man nicht nur für die Älteren und Alten „sorgt“, sondern den Älteren und Alten genügend reale Möglichkeiten für sinnvolle, vor allem auch im umfassenden Sinne kulturelle Tätigkeiten bietet. Angewandte Kulturwissenschaft will – wenden wir uns dem Ausbildungs- und Bildungsbereich jüngerer Menschen zu – veränderten Qualifikationsanforderungen der modernen Industriegesellschaft Genüge leisten – herausragend in diesem Sinne das Interfakultative Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH), da in Form des Begleitstudiums das Vermögen zur Einsicht in vernetzte kulturelle Zusammenhänge gefördert bzw. verstärkt wird. So wie es Tyll Necker, der frühere Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie als wichtige Aufgabe moderner Berufsqualifikation fordert: In Zukunft werde zunehmend der Mitarbeiter mit möglichst breitem Bildungsansatz, der eine flexible Haltung zum Einstieg in die berufliche Praxis habe, gefragt sein. Das Anhäufen von Detailwissen verliere an Bedeutung, da es immer rascher veralte, auch wenn selbstverständlich in der naturwissenschaftlichen und technischen Lehre der fortschreitende Stand der Erkenntnis berücksichtigt werden müsse. Doch sei es gerade nicht so, daß die Wirtschaft den fertigen, perfekten Spezialisten erwarte. Wichtiger sei die Konzentration auf „Schlüsselqualifikationen“, die das Erlernen von wechselndem Spezial- und Fachwissen erleichtere. Aufbauend auf einer soliden Basis von Grundfakten müsse in der Ausbildung das Verständnis von Grundzusammenhängen des Fachs, die Fähigkeit zum logischen systematischen Denken und die Fähigkeit zum sprachlichen Ausdruck und Verstehen eingeübt werden. Hinzukommen müsse die Fähigkeit, erlerntes Wissen auf praktische Probleme und neue Aufgaben anzuwenden und im Team

zusammenzuarbeiten. Etwas überspitzt, aber mit einem durchaus richtigen Kern, habe daher kürzlich ein bekannter Personalberater für Führungskräfte in einem Artikel formuliert: „Gefragt ist in Zukunft der Generalist mit humanistischer Bildung.“ Eine solche Qualifikation hat auch der baden-württembergische Forschungsbericht von 1987 im Auge, wenn er feststellt: „Da, wo die mechanistische Industriegesellschaft ihr Heil suchte im Zerlegen, Reduzieren, Analysieren und Spezialisieren, wird die kommende Informationsgesellschaft, stimuliert und unterstützt durch die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, der ganzheitlichen, systemgerichteten, generalistischen Vorgehensweise den Vorrang geben. Der Spezialist wird mehr Platz machen müssen für den Generalisten.“

Die Chip-Revolution, die wohl größte Umwälzung der Technikgeschichte bislang – nicht nur Handarbeit, auch Kopfarbeit kann nun auf Maschinen übertragen werden –, bewirkte einen Paradigmenwechsel in der Produktionsphilosophie, der mit „Ende des Taylorismus“ und „Notwendigkeit von Reprofessionalisierung“ bezeichnet wird. Frederick Taylor hatte in seinen „Grundsätzen der wissenschaftlichen Betriebsführung“ (1911) das Modell einer effizienten Fabrikorganisation entwickelt, die sich vor allem gegen den „nachlässigen“, also unzuverlässigen Arbeiter wandte und ihn entsprechend disziplinieren wollte. Als Mängel der damaligen Arbeitsorganisation stellte Taylor die zu großen Autonomie-Spielräume der Arbeiter heraus; er kritisierte, daß dem Arbeiter fast die ganze Verantwortung für die Ausführung der Arbeit, im großen wie im kleinen, in vielen Fällen auch für seine Werkzeuge, übertragen sei. Für Taylor sollte der Arbeiter jedoch ein Mensch sein, „der tut, was ihm gesagt wird und nicht widerspricht“; gegenüber den Arbeitsinhalten, Produktionszwecken und Gemeinwohl-Bezügen der Arbeit sollte er „gleichgültig“ sein, sich in seinem Verhalten also der Maschine annähern.

In der Homuter(human computerisierten)-Gesellschaft braucht man jedoch nicht den zweckrationalisierten Menschenroboter, sondern den geschickten, diagnosefähigen, verhaltenssouveränen (Fach)-Arbeiter und entsprechend qualifizierte Führungskräfte, die sich zudem in ganz besonderem Maße mit dem Betrieb identifizieren. Subintelligente Menschen „passen“ nicht zu superintelligenten Maschinen.

Reprofessionalisierung steht tayloristischem Drill bzw. tayloristischer Dressur diametral entgegen. Für Horst Kern/ Michael Schuhmann bedeutet Modernisierung die Wiedereinführung und Verankerung von Produktionsintelligenz als Voraussetzung und Folge der neuen Produktionskonzepte; man treffe heute in wichtigen Bereichen der Industrie auf eine markt- und produkt-ökonomische Konstellation, die keine Rationalisierung nach tayloristischem Muster mehr zulasse. Je mehr die Produktkonzeptionen auf die Erzeugung hochkomplexer Qualitätsartikel hinauslaufen und die Produktionskonzepte auf den breitflächigen Einsatz der neuen Technologie abzielten, um so mehr bietet sich als optimales Arbeitseinsatzkonzept der ganzheitlichere Aufgabenzuschnitt und die breitere Verwendung von Qualifikationen an.

Anleitende Fremdbestimmung wird immer mehr durch die Aufforderung zu eigenverantwortlicher Selbständigkeit ersetzt. Die handwerklichen Tugenden wie Ordnung, Sauberkeit, Fleiß, Pünktlichkeit, Ausdauer, Zuverlässigkeit, Genauigkeit, die im entfremdeten tayloristischen Produktionsprozeß ihre aus ganzheitlicher Sicht stammende personale Motivationskraft verloren hatten und deshalb nur noch „mechanistisch“ erzwungen werden konnten, scheinen auf höherer Ebene, eben der des modernisierten, digitalisierten Produktionsprozesses, wieder zu Wesenszügen kreativer „Produktionssubjekte“ zu werden. Technische Intelligenz von heute und morgen wird durch Sensibilität, Mobilität, Flexibilität, Disponibilität, vor allem auch durch Kooperationsfähigkeit, Orientierungsfähigkeit, Selbstwertgefühl und Verantwortung geprägt.

3. Entweder Kultur oder Gesellschaft?

Für die deutsche Kulturwissenschaft, Kulturpolitik und Kulturpädagogik war lange Zeit der Begriff der Zivilisation „abwegig“: außerhalb des Pfades liegend, der zum Gipfelglück harmonischer Bildung zu führen vermochte. Dies ist heute ganz anders geworden. Die Anforderungen der Praxis konvergieren mit dem kulturellen Forderungskatalog. Das überwölbende „Prinzip Verantwortung“, ohne das die komplexe Industriegesellschaft sich selbst destruiert (durch Implosion zerstört), ist nur in der Qualität des soziokulturellen Milieus – auch Innovationslandschaft genannt – zu fundieren. Die Aneignung der dem „Prinzip Verantwortung“ immanenten Qualifikationsvielfalt – im theoretischen Bereich Ziel angewandter Kulturwissenschaft – läßt uns diese als ein „Laboratorium der Zivilisation“ bezeichnen.

Semantisch-etymologisch gehören „zivil“ und „Zivilisation“ zu dem Stammwort „civis“ (Bürger). Der Zivilist – im 19. Jahrhundert derjenige, der nicht Soldat oder Uniformträger war – erweist sich als Mittelpunkt der „Zivilisation“, der Gesamtheit der durch den Fortschritt von Wissenschaft und Technik geschaffenen bzw. verbesserten Lebensbedingungen sowie als Repräsentant und Promotor der Lebensverfeinerung und ästhetisch-ethischer Gesinnung wie Gesittung. Die Regeneration des Begriffs „Zivilisation“ in unseren Tagen transzendiert auf Kultur, während der Begriff „Kultur“ vielfach auf Indifferenz – mit Odo Marquard könnte man sagen „Farbigkeitsbedarfsdeckung“, „Inkompetenzkompensationskompetenz“ – regrediert. Der „Citoyen“ – in Gegenposition zum Bourgeois – ist „Bildungsbürger“ in einem emanzipatorischen Sinne, mit der Herkunft aus der Zeit der Befreiung des „dritten Standes“, da dieser seine universalistischen Forderungen auf Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit erhob.

Das „Laboratorium der Zivilisation“ fällt in eine Phase, in der „civil society“ (Kommunitarismus) sich als Projektionsbegriff für neue politische und gesellschaftliche Hoffnung erweist. Einerseits hat die Linke ihre tiefsitzende Distanz zur real existierenden Demokratie bislang nicht überwinden können bzw. durch normative Aufladung des idealtypischen Demokratiebegriffes ihre Enttäuschun-

gen und Frustrationen selbst produziert; andererseits bewirkt die Hybris der repräsentativen Demokratie mit ihrer Skandalanfälligkeit, Ideenlosigkeit, Mißachtung antizipatorischer Vernunft und metapolitischer wie metawirtschaftlicher Bedürfnisse Distanz bei dem Teil der Gesellschaft, der sich von den goldenen Fesseln der smarten Lebensstile zu befreien sucht und die Sinnfrage im Namen des Wertewandels wichtig nimmt. Die „civil society“ könnte sich als dritter Weg absetzen sowohl vom linken Dogmatismus als auch von ökonomistischer-libertär-demokratischer Seelenlosigkeit.

Soll die Gesellschaft nach dem Bild der „civil society“ gestaltet werden, kann der Topos „Laboratorium“ von großer heuristischer Bedeutung sein. Das Wort verweist auf lateinisch „labor“ (Anstrengung, Mühe, Last, Arbeit). Laboratorium als Arbeits- und Forschungsstätte für biologische, chemische oder technische Versuche bedarf einer, die Eindeutigkeit wie Einseitigkeit seiner Festlegung transzendierenden Ausweitung – die in einer das Erproben, Durchspielen (Simulationen), Experimentieren wagender, dogmatische Festlegungen meidender „Verunsicherung“ besteht. Dem kommt entgegen, daß „labor“ (ursprünglich „das Wanken unter einer Last“) mit „labare“ (wanken, schwanken) und mit „labi“ (gleiten, abgleiten, straucheln) verwandt ist. Das spätlateinische „labilis“ meint „leicht gleitend“; ihm wurde im 20. Jahrhundert „labil“ (schwankend, veränderlich, unsicher, unzuverlässig) entlehnt.

„Unzuverlässig“ soll natürlich Kulturarbeit als „Laboratorium der Zivilisation“ nicht sein. Seine festeste Basis kann jedoch darin bestehen, daß es die schwankende, unsichere Situation unserer Zeit zum Ausgangspunkt seines Arbeitens und Mühens macht, sich „herumplagt“, Auswege (Alternativen) aus komplexen und komplizierten Problemlagen zu finden. Die Dialektik der Aufklärung (die Verkehrung der Vernunft in ihr Gegenteil) war nicht zuletzt die Folge eines auf die absolute Sicherheit des Fortschritts setzenden, unbedingten, Verifikation wie Falsifikation ausschließenden Glaubens an die menschliche Rationalität.

Nicht mehr das „Entweder-Oder“, sondern das „Und“ ist die Konjunktion unserer Zeit, die Entwicklung des variablen Möglichkeitssinnes. Das ist „schwierige Arbeit“. Ein Theodor W. Adorno gewidmetes gleichnamiges Gedicht von Hans Magnus Enzensberger könnte dergestalt zu einer „Laborordnung“ beitragen – vielleicht auch das im interfakultativen Wagnis gegründete Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) charakterisieren. (Ich weiß, im Alltag ist das alles viel weniger lyrisch, viel nüchterner, von täglicher Routine besetzt.)

Die Verse von Enzensberger sind übrigens auf moderne Weise „schillerisch“ – voller universalistisch-konkretistischer, idealistisch-realistischer Dialektik:

*„ungeduldig
in namen der zufriedenen
verzweifeln*

*geduldig
im namen der verzweifelten
an der verzweiflung zweifeln*

*ungeduldig geduldig
im namen der unbelehrbaren
lehren“*

Wissenschaft im Dienste der Städte

– Das Deutsche Institut für Urbanistik –

Dieter Sauberzweig

1. Mehr Stadtforschung gefordert	19
2. Urbanistik als Wissenschaft	20
3. Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Forschung.....	21
4. Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis.....	22
5. Wissenschaft – Politik – Praxis.....	23
6. Kein Verzicht auf langfristige Perspektiven	25

1. Mehr Stadtforschung gefordert

1974 gab Hermann Glaser ein Taschenbuch mit dem Titel „Urbanistik“ heraus. Ein Jahr zuvor, 1973, war das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin gegründet worden. Sowohl die Institutsgründung als auch der einleitende Beitrag in dem genannten Buch haben einen gemeinsamen Anknüpfungspunkt: Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags 1971 in München, die unter dem dramatischen Appell „Rettet unsere Städte jetzt!“ stand. John Kenneth Galbraith entwarf damals vor den versammelten Kommunalpolitikern in einem grundsätzlichen Vortrag angesichts der Selbsterstörung der amerikanischen Städte ein düsteres Bild von „Profitopolis“, das in dem Kernsatz gipfelte: „In der ökonomischen Stadt finden wir somit die Ursprünge nahezu aller Probleme, die die moderne urbane Existenz heute kennzeichnen.“ Damals ging es darum, die Lehren aus den Jahren des stürmischen Wiederaufbaus zu ziehen, die Gefahren und Grenzen eines ungezügelter ökonomischen und technologischen Fortschritts aufzuzeigen und als Umkehr die Wege zur menschlichen Stadt zu beschreiben.

Aus der Analyse der Tatbestände und aus der Formulierung der veränderten Ziele ergab sich folgerichtig und zwingend die Forderung nach einer Intensivierung der Stadtforschung. Entscheidungen in der Kommunalpolitik sollten verstärkt auf exakten Ermittlungen und präziseren Entwicklungsprognosen beruhen. Auf der Münchener Hauptversammlung wurde daher ein „Großforschungsprogramm der Stadtentwicklung“ gefordert, „das nach materiellem Umfang und geistiger Anstren-

gung an dem Aufwand der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Technologien gemessen werden kann“. Dieses Großforschungsprogramm sollte von einem zu gründenden „Deutsches Institut für Urbanistik“, in dem Bund, Länder und Gemeinden mit der Wissenschaft zusammenwirken müßten, gelenkt werden.

Dieser hohe Anspruch wurde nicht eingelöst. Die Bereitschaft zur Kooperation und zum finanziellen Engagement war geringer als erwartet. Aber es war ein wichtiger und vorwärtsweisender Schritt, daß das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) 1973 auf den Grundlagen des früheren „Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums“ im Berliner Ernst-Reuter-Haus seine Arbeit aufnehmen konnte. Zuschnitt und Anspruch des Instituts waren, bedingt durch die engere Finanzausstattung, sehr viel bescheidener und nüchterner, als es das in München beschriebene Konzept vorsah. Der Schwerpunkt der Arbeit sollte auf der praxisorientierten Forschungsarbeit liegen. Urbanistik sollte nicht für akademische, sondern für anwendungsgerichtete Stadtforschung stehen.

Diese Zielsetzung fand Eingang in die Satzung des Instituts. Danach ist es die Aufgabe des Deutschen Instituts für Urbanistik,

- Grundprobleme der Kommunen interdisziplinär zu erforschen und Anstöße zu weiterer Forschung zu geben,
- methodische Grundlagen für die kommunale Entwicklung zu erarbeiten und zur Verfügung zu stellen und
- die Erkenntnisse eigener und fremder Forschung zu koordinieren, zur praktischen Verwertbarkeit aufzubereiten und in die Praxis zu vermitteln.

Damit war ein Aufgabenfeld umschrieben, das die Arbeit des Instituts in das komplexe Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wissenschaft und Politik sowie zwischen die Fachgrenzen der Einzeldisziplinen und Interdisziplinarität stellt.

2. Urbanistik als Wissenschaft

Für Le Corbusier war es selbstverständlich, daß er einer seiner frühen Schriften zum Städtebau den Titel „Urbanism“ (1925) gab und damit auch nach französischem Sprachgebrauch Stadtbaukunst und Städtebau meinte. Auch bei uns wird heute Urbanistik oft als die Wissenschaft von Städtebau und Stadtplanung verstanden. Mehr und mehr hat sich aber inzwischen das Verständnis durchgesetzt, als Urbanistik alle sich mit der Stadt befassenden Sachgebiete und Wissenschaften zu bezeichnen. Dieser umfassendere Begriff war auch für die Benennung des Difu bestimmend, zumal sich auf diese Weise auch ein Anknüpfungspunkt und eine Gemeinsamkeit mit den Kommunalwissenschaften ergaben. Ich kann hier aus Zeitgründen nicht den Weg nachzeichnen, den die Kommunalwissenschaften seit dem 19. Jahrhundert genommen haben. Aber sie haben bis heute mit der Ur-

banistik eine Gemeinsamkeit: Ihr wissenschaftlicher Standort ist offen und unbestimmt geblieben. Das liegt in der ungewöhnlichen Vielfalt des kommunalen Handlungsfeldes, das sich nicht in das Korsett herkömmlicher Fakultäten zwängen läßt, begründet. Die Kommunalwissenschaften wie die Urbanistik können nicht allein von *einem* Wissenschaftsfach in Obhut genommen werden. Eine Liste der beteiligten Disziplinen müßte, ohne Vollständigkeit zu beanspruchen, folgende Gebiete nennen: Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft, Stadtplanung, Statistik, technische Wissenschaften, Geographie, Sozialpsychologie, Medizin, Ökologie usw. Von daher könnte man sagen, daß die Kommunalwissenschaften ebenso wie die Urbanistik bisher akademisch „heimatlos“ geblieben sind.

Das legt die Frage nahe: Ist die Urbanistik an die Stelle der Kommunalwissenschaften getreten und hat dies mehr zu bedeuten als eine Etikettenänderung? Urbanistik und Kommunalwissenschaften haben viele Gemeinsamkeiten, aber die Besonderheit der Urbanistik liegt nach meinem Verständnis darin, daß sie einen unmittelbaren Bezug zur praktischen Anwendung und damit zur Kooperation mit Politik und Praxis hat. Ich weiß mich mit Hermann Glaser einig, wenn er schreibt: „Urbanistik als Wissenschaft sollte sich ... als empirische Forschung begreifen; sie muß die Situation der Stadt, der Stadt in ihrer augenblicklichen Notlage, konkret reflektieren; zugleich ist sie aufgerufen, der Stadt ... zu helfen.“

3. Interdisziplinäre Zusammenarbeit und Forschung

Angesichts der Komplexität des Problemfeldes erfordert das Forschungsobjekt Stadt eine interdisziplinäre Zusammenarbeit. Die realen Probleme enden weder an den Fachgrenzen der Einzelwissenschaften noch an den Ressortgrenzen der Verwaltung. Daraus ergeben sich auch methodische Probleme, die für die Arbeit eines Urbanistik-Instituts bestimmend sind. Es gibt für die Urbanistik keine übergreifende, geschlossene Theorie und auch keine eigene, einheitliche und für alle Einzelbereiche geltende Arbeitsmethode. Kennzeichnend ist vielmehr die Arbeit nach den speziellen Methoden der Einzelwissenschaften. Damit gewinnen die Abstimmung der Fragestellungen und die Formen interdisziplinären Arbeitens und Forschens besondere Bedeutung. Einerseits ist die Verschiedenheit der Perspektiven der einzelnen Disziplinen bei jedem Forschungsprojekt zu berücksichtigen; andererseits kommt es auf eine besonders sorgfältige Formulierung der Fragestellung an.

Am Difu arbeiten Planer, Architekten, Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Politologen, Informatikwissenschaftler, Ökologen und Historiker kontinuierlich zusammen. Viele Projekte sind interdisziplinär angelegt, die meisten Forschungsergebnisse beruhen auf einem interdisziplinären Arbeitsprozeß. Dabei bedeutet Interdisziplinarität nicht nur das additive Zusammenstellen fachspezifischer Forschungsergebnisse, sondern verlangt fachübergreifende kontinuierliche Zu-

sammenarbeit als Prozeß. Es sind vor allem zwei Erfahrungen, die das Institut auf diesem Wege sammeln konnte:

1. Kommunikation ist das konstituierende Element interdisziplinärer Arbeit. Diese Aussage mag banal erscheinen. Aber allein die notwendige Verständigung über die Grenzen der Fachsprachen hinweg erfordert den intensiven Dialog, wobei der Koordinationsaufwand meist unterschätzt wird. Dabei ist der Wille, eine für den Nichtfachmann seiner Disziplin verständliche Ausdrucksweise zu wählen, ebenso notwendig wie die Bereitschaft, die eigene Sicht der Welt nicht für die einzig mögliche zu halten und sich auf andere Betrachtungsweisen einzulassen.
2. Beiträge zu konkreten Problemlösungen sind vor allem durch das Zusammenführen bereits vorhandenen Fachwissens zu erwarten. Die Erfahrung zeigt, daß das notwendige Wissen bereits in einer Fülle von unverbundenen Einzelstudien erarbeitet worden ist und daß es vor allem darum geht, die Einzelerkenntnisse zusammenzufassen und auf ihre Kongruenz bzw. Widersprüchlichkeit zu prüfen.

4. Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis

Von besonderer Bedeutung für die praxisbezogene Arbeit eines Urbanistik-Instituts sind die Schwerpunktsetzung und die Auswahl der Forschungsthemen. Das Difu kann sich dabei auf mehrere Brücken zur kommunalen Praxis stützen:

- auf den systematischen Aufbau eines Kontaktnetzes mit einem eigenen Ansprechpartner in jeder Zuwernderstadt;
- auf einen ständigen Dialog mit den Dienststellen der Stadtentwicklungsplanung;
- auf ein eigenes umfangreiches Seminarprogramm für Führungskräfte und Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen sowie Mitglieder der kommunalen Vertretungskörperschaften über neue Entwicklungen und Problemlösungen in der kommunalen Praxis;
- auf eine jährliche Umfrage nach den jeweiligen Handlungsschwerpunkten der Kommunalpolitik;
- auf die Verbindung zum Deutschen Städtetag und zum Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau;
- auf eine kontinuierliche Diskussion in den Gremien des Instituts (Institutsausschuß, Kuratorium), die je zur Hälfte aus Praktikern und Wissenschaftlern zusammengesetzt sind.

Auf diese Weise ist ein gut funktionierendes „Früherkennungssystem“ entstanden, das die aktuellen Probleme für die Entwicklung der Städte rechtzeitig identifiziert und in eine mittelfristige Planung einfügt. Dem trägt auch die Gliederung der Arbeitsbereiche des Instituts Rechnung: Die vier forschenden Arbeitsbereiche „Stadtentwicklung und Recht“, „Wirtschaft und Finanzen“, „Umwelt“ sowie die „Abteilung Köln“ bilden durch ihre praxisorientierte Forschungsarbeit die Grundlage für

die drei dienstleistenden Arbeitsbereiche „Fortbildung“, „Veröffentlichungen“ sowie „Information und Dokumentation“.

Eines aber sei an dieser Stelle doch angemerkt: Eine ausschließliche Konzentration der Institutsarbeit auf die kommunale Praxis birgt auch eine Gefahr. Ein wissenschaftlich arbeitendes Institut kann auf Dauer nicht *nur* als Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und Praxis tätig sein, sondern braucht immer auch ein Stück eigener Forschung, wenn es seinen wissenschaftlichen Standard halten und nicht ausbluten will. Das aber ist den Städten – insbesondere in Zeit des knappen Geldes – nicht immer leicht zu vermitteln.

5. Wissenschaft – Politik – Praxis

Allgemein läßt sich feststellen, daß die verstärkte Politikberatung durch Wissenschaft als eine Reaktion auf die immer komplexer werdenden Rahmenbedingungen für das politische Handeln und Entscheiden zu verstehen ist. Auch auf kommunaler Ebene unterliegen Formulierung und Realisierung der Politik diesen komplexen Bedingungen. Verwaltung und Rat fühlen sich nicht selten überfordert und suchen bei der Vorbereitung von Entscheidungen wie auch beim Vollzug die sachverständige Beratung. Hier ist das Difu gefordert: Es kann zwar bei der Menge der Städte im Verhältnis zur Zahl der Institutsmitarbeiter nur in Ausnahmefällen eine Stadt in einer konkreten Situation beraten, aber es kann allgemein Material, Ergebnisse und Erkenntnisse bereitstellen, um aktuelle kommunale Probleme besser und sachgerechter lösen zu können.

Welche Erfahrungen hat nun das Institut in der Zusammenarbeit mit der kommunalen Praxis sammeln können? Welche Schlußfolgerungen sind daraus für die Urbanistik als anwendungsorientierte Wissenschaft zu ziehen?

1. Das Verhältnis von Wissenschaft und Politik war in Deutschland traditionell belastet. Das liegt zum Teil in unserer Geschichte begründet, die erst spät zur Ausbildung demokratischer und damit auf Dialog angelegter Strukturen führte. Andere Länder, insbesondere die angelsächsischen, tun sich da leichter. Inzwischen ist die Zahl der wissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeiter in allen Bereichen, also auch in der Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, gewachsen. Der Umgang mit wissenschaftlichen Fragestellungen ist heute in der Praxis ein kaum noch bemerktes Alltagsgeschäft geworden. Dennoch begegnet man immer noch einer Skepsis, ob Wissenschaft der Praxis überhaupt „etwas sagen“ kann. Beispielhaft will ich einige Positionen aus einer Tagung zitieren, bei der es um die „Zusammenarbeit zwischen Stadt und Hochschule“ ging: Da wurde von kommunaler Seite darauf hingewiesen, daß man nicht an „interessegeleiteter Forschung interessiert“ und in den Großstädten „auch nicht unbedingt auf Wissenstransfer von der Universität angewiesen sei, da man auf vielen Gebieten bei der Stadt sehr viel bessere Leute als

die Hochschulen“ habe. Angesichts der rasch wechselnden Problemlagen würden im übrigen große theoretische Überlegungen und Forschungen überhaupt nicht helfen. Oft sei die Enttäuschung groß, wenn das Ergebnis nicht den Erwartungen des kommunalen Auftraggebers entspreche. Gewünscht wurden dagegen relativ schnell abrufbare empirische Untersuchungen und fundierte Äußerungen zu konkreten Planungsproblemen. Auf seiten der Hochschulen wurde demgegenüber geltend gemacht, daß die Wissenschaft oft überfordert sei, wenn man ihr in Gutachtenform normative Aussagen abverlange, und daß sie, wenn sie ihren eigenen Anspruch ernst nehme, nicht in der Lage sei, empirisch gesicherte Ergebnisse zu oft unscharf formulierten Fragen in kürzester Zeit und ohne Kontroversen und möglichst kostenlos quasi „aus der Hüfte zu schießen“. Diese Diskussion bezog sich zwar nicht auf das Difu, aber sie sagt etwas über die Erwartungen aus, die dem Institut gegenüber hier und da in der kommunalen Praxis bestehen.

2. Die politische Praxis vollzieht sich unter einem unabweisbaren Handlungsdruck. Der Beitrag der Wissenschaft braucht dagegen die Distanz und manchmal auch den zeitlichen Abstand, um zu weiterführenden Ergebnissen zu kommen. Dadurch entsteht ein Spannungsfeld zwischen den Erfordernissen objektiver Sacherschließung und den oft ungedulden und auf rasche Lösungen dringenden Erwartungen der Praxis. Diese Spannung ist unauflösbar und muß allen Beteiligten immer wieder bewußt gemacht werden, damit sie nicht zu Verdrossenheit, sondern zu einem konstruktiven Diskurs führt. Ich füge hinzu: Auch eine auf Anwendung orientierte Wissenschaft braucht Ferne und Nähe oder Engagement und Nähe als Voraussetzung zur Distanz.
3. Ein häufiger Vorwurf der Verwaltungspraxis gegenüber der Wissenschaft ist eine überzogene und damit oft auch unverständliche Sprache. Damit sind nicht nur die Fachbegriffe gemeint, sondern auch die Formen und Muster der Mitteilung und Verständigung. Das folgende Wort von John Locke findet sicher bei vielen Politikern und Verwaltungspraktikern Zustimmung: „Es gibt keinen besseren Weg, seltsame Lehren einzuführen und zu verteidigen, als sie mit einer Unzahl dunkler Wörter wie mit einem Schutzwall zu umgeben.“ Aber gegenseitige Abwehrreaktionen führen hier nicht weiter, sondern nur zur Sprachlosigkeit. Die Praxis muß erkennen, daß spezialisierte Disziplinen auch in einem gewissen Umfang ihre eigene Sprache, die nicht durch Alltags- und Umgangssprache zu ersetzen ist, brauchen. Andererseits aber sind von der Wissenschaft, wenn sie an einem Dialog mit der Praxis interessiert ist, auch konsequente Bemühungen um Klarheit und Verständlichkeit zu verlangen. Es bedarf kontinuierlicher Anstrengungen von beiden Seiten, um die beschriebenen Barrieren zu überwinden. Mit den Worten von Carl Böhret: „Die katalysatorischen Übersetzer sind also gefragt, jene, die den Bedeutungsgehalt beim Transfer nicht verändern.“
4. Wissenschaft *und* Praxis haben es mit einer ständig wachsenden Flut von Papieren und Veröffentlichungen zu tun. Diese Lawine droht uns zu überrollen. Wie soll und kann man den Überblick behalten, wenn in vielen Disziplinen der „Halbzeitwert des Wissens“ weniger als fünf Jahre beträgt? Wer übersieht noch die Publikationen in seinem engeren Fachgebiet? Der folgende

Satz hat nicht nur satirischen Charakter: „Hier – unter Kollegen – darf jeder Autor sich ungezwungen bewegen: Keiner hat die Bücher des anderen gelesen.“ Persönlich bin ich der Meinung, daß zu viel und vor allem zu viel Nebensächliches veröffentlicht wird. Aber das System dürfte nicht mehr zu verändern sein. Deshalb wird es in Zukunft immer wichtiger werden, die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung für die Praxis zusammenzufassen und so aufzubereiten, daß der Praktiker – allerdings geht das nicht ohne eigene Anstrengungen – damit etwas anfangen kann. Durch Profildienste zu ausgewählten Themenbereichen und vor allem mit den Datenbanken ORLIS (Literatur zur Orts-, Regional- und Landesplanung) und DEMOS (Nachweis statistischer Umfragen) leistet das Difu hierzu einen wichtigen Beitrag.

5. Die zusammenfassende Schlußfolgerung lautet: Eine wissenschaftliche Dienstleistung für die Praxis muß darin bestehen,
- den Stellenwert dessen zu erkunden, was Wissenschaft anzubieten hat,
 - die für die Kommunalpolitik relevanten wissenschaftlichen Bemühungen – auch im Interesse dieser Wissenschaften – in eine Verbindung miteinander zu bringen,
 - etwas von der Verarbeitungsmöglichkeit und den Bedürfnissen der Praxis zu wissen, damit Wissenschaft nicht zum Selbstzweck wird,
 - etwas, was allzu schnell aus der wissenschaftlichen Diskussion in die Handlungsvollzüge gelangt ist, zurückzuholen und zu problematisieren,
 - etwas in der Praxis Erfahrenes mit wissenschaftlichen Kategorien in Beziehung zu setzen.

6. Kein Verzicht auf langfristige Perspektiven

Über der Forderung und Notwendigkeit, auf die aktuellen Probleme zu reagieren und kurzfristig Möglichkeiten zu ihrer Lösung zu erarbeiten, darf die Perspektive für die langfristige Entwicklung nicht verlorengehen. Dies gilt insbesondere für eine Phase des Umbruchs, in der wir stehen. Es ist notwendig, sich der Realitäten bewußt zu sein und zugleich über das Hier und Heute hinauszublicken. Das ist in guten Zeiten leichter; das will in schwierigen Zeiten gelernt sein. Das aber bedeutet: Weder die Stadtforschung noch die Kommunalpolitik können auf Dauer von der Hand in den Mund leben. Wenn Politik nicht zu einem kurzatmigen „Durchwursteln“ degenerieren soll, muß sie auch die Richtigkeit von Korrekturen und kleineren Schritten an grundlegenden Zielen und Werten messen. Auch bei eingegengten Handlungsspielräumen, wie sie angesichts der vorhersehbaren ökonomischen und finanziellen Entwicklung für die Politik zu erwarten sind, müssen also Zielvorstellungen und Konzeptionen auf eine längere Sicht bestehen. Dafür bedarf es mehr denn je der Urbanistik als einer Wissenschaft im Dienste der Städte.

Wissenstransfer

– Botschaften und Botschafter –

Hans Gerd Schütte

1. Der Transfer von Wissen	27
2. Spezialisierung und Minimierung von Wissen	30
3. Wissen für die Masse	31
4. Wissen als nicht mehr kontrollierbares Gemeingut	32
5. Mosaik der Weisheiten	33

1. Der Transfer von „Wissen“

Wenn man von Wissen spricht, dann besteht die Neigung, darunter propositional geordnete Aussagen zu verstehen, also Behauptungen mit dichter logischer Struktur, hohem Informationsgehalt und Anspruch auf Geltung. Die Philosophie hat sich an diesem Thema abgearbeitet, aber selten die Frage gestellt, wie man sich die Vermittlung von Wissen und weniger anspruchsvolle Kenntnisse vorzustellen hätte.

Unter soziologischen Gesichtspunkten tritt der Geltungsaspekt zu Gunsten des Transferaspektes zurück oder wird umgedeutet. Es geht dann darum, daß Geltungsansprüche an moralischen Maßstäben gemessen werden und die Glaubwürdigkeit der Botschaft und ihrer Quellen thematisiert werden. Aussagen, Bemerkungen oder Botschaften sollten nach bestem Wissen und Gewissen formuliert werden. Besonders deutliche Konturen erhält dieses Prinzip im Recht, das auch die Interessenlagen von Zeugen und Angeklagten einkalkuliert. Die Urteilspraxis ist auf Wahrheitsfindung aus und vollzieht sich im Wechselspiel der Geschichten, die Richter und Angeklagte, Zeugen und Anwälte vorbringen. Am Ende des Prozesses steht eine Entscheidung mit gesellschaftlichen Konsequenzen, die auf rechtlichen Normen einerseits, dem Vorbringen relevanter Fakten andererseits beruht. Nicht viel anders, nur informeller, geht es im alltäglichen Diskurs zu, in dem Botschaften bewertet und akzeptiert oder auch ausgefiltert werden. Einige werden nur zur Kenntnis genommen oder dienen der Orientierung im Rahmen persönlicher Weltbilder, andere wiederum werden entscheidungsrelevant.

Der Geltungsbegriff verknüpft auf diesem Terrain Fakten mit Normen und schließt auch Rezepte und Faustregeln ein – die Deutschen Industrienormen und Diätvorschriften. Alles das sind Botschaften, deren Beschaffung nicht kostenlos geschieht und die selektiv verarbeitet werden. Und schließlich sind Botschaften entweder direkt oder indirekt an Botschafter und deren Eigenschaften gekoppelt.

Das ist in zweierlei Hinsicht für den Transfer von Wissen von Interesse. Zum einen geht es generell um die Glaubwürdigkeit von Informationen und deren Quellen. Zum anderen spielt sich der Vermittlungsprozeß in modernen Gesellschaften auf zwei Ebenen ab, nämlich in der persönlichen Kommunikation und vermittelt über die Medien. Auf dieser Ebene wird die Kongruenz von Informationen und deren Trägern verlassen. Gleichzeitig werden bestimmte Sprachfunktionen ausgegrenzt, die an Personen gebunden sind. Printmedien, E-Mail oder Internet vermitteln Botschaften, deren Bezug zu ihrem Produzenten diffus oder ganz unerkennbar ist. Bekanntlich ist es für eine Zeitung nicht einfach, einen Ruf aufzubauen, der ihre Informationen glaubwürdig erscheinen läßt. Andererseits ergibt sich die Möglichkeit einer Versachlichung der Diskussion, wenn sie „ohne Ansehen der Person“ geführt werden kann. Wenn es jedoch um Entscheidungen geht, die ja stets ein gewisses Risiko beinhalten, dann beginnt die Frage nach der Vertrauenswürdigkeit der Quelle zu dominieren. Oder aber man wendet sich jenseits der Welt der Medien an die jeweiligen Meinungsführer, die im persönlichen Umkreis als Sachautorität gelten. Die Auseinanderdifferenzierung von Botschaften und Botschaftern als Ergebnis eines historischen Prozesses führt jedenfalls zu einer Verdoppelung der Probleme von Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung. Sie spielt sich auf mehreren Ebenen ab, die zudem noch rückgekoppelt sind. Man kann sich den Transfer von Wissen auf einem Kontinuum angeordnet denken, das vom zwanglosen persönlichen Gespräch bis zur Weiterleitung von Formularen reicht und gleichzeitig soziale Symmetrien und Asymmetrien repräsentiert, die für die Effizienz von Vermittlungsprozessen von beträchtlicher Bedeutung sind.

Auf der Suche nach einer historischen Null-Linie für die Übertragung und Verarbeitung von kognitiven Objekten im sozialstrukturellen Kontext kann man vielleicht auf die Lehr- und Lernpraxis der mittelalterlichen Universität verweisen. Die Lehre vollzieht sich auf der Basis eines beschränkten literarischen Repertoires. Bücher werden abgeschrieben, kommentiert und unter Umständen länger als ein Jahrhundert benutzt. Die gemeinsame Sprache der Gelehrten ist Latein. Sie erlaubt eine überraschende Mobilität von Scholaren und Dozenten, die sich mit der „*licentia ubique docendi*“ einen europäischen Arbeitsmarkt erschlossen haben. Die Botschaft der Bücher ist autoritativ, und deren Verarbeitung ist in der ritualisierten Disputation kanalisiert, das heißt, mediale und persönliche Kommunikation ergänzen sich nicht etwa zufällig, sondern werden auf sozialstrukturelle Weise präformiert. Die „*scientific community*“ weist die Züge eines geschlossenen Netzwerkes auf, in dem Botschafter wie Botschaften zirkulieren können, übrigens auch zwischen den Fakultäten. Das Studium beginnt sehr früh, und seine Länge relativiert jede gegenwärtige Diskussion über Regelstudienzeiten.

Man kann annehmen, daß die kognitive Indoktrination unter diesen Bedingungen ein praktisches Maximum erreicht. Der Geschlossenheit der sozialen Netzwerke entspricht ein geschlossenes Weltbild, das Handlungs- und Orientierungswissen zusammenfaßt. Weder psycho-soziale Geschlossenheit noch die Bindung von Wissen an Personen sind allerdings innovations- oder kritikfreundlich und auch die Auseinandersetzung in der öffentlichen Disputation ist strikt formalisiert. Vor dieser Hintergrundskizze wird deutlich, daß verbindliche Weltbilder, die Handlungs- und Orientierungswissen integrieren, in funktional differenzierten Gesellschaften keine Durchsetzungschancen haben. Ihnen ist gewissermaßen die Geschäftsgrundlage entzogen, deren wichtigstes Merkmal die enge Kopplung von Botschaften und Botschaftern darstellt. Die Glaubwürdigkeit von Informationen hängt in geschlossenen Netzwerken auch mit der Zentralität von Personen und deren Amtsscharisma zusammen. Wahrheiten, die ex cathedra verkündet werden, sind wenigstens prima facie überzeugend.

Wir haben uns daran gewöhnt, die Vermittlung von Wissen unter dem Gesichtspunkt seiner Öffentlichkeit zu sehen – all the news that's fit to print – und nationale oder internationale Publikationsmärkte als selbstverständlich zu unterstellen. Veröffentlichungen dienen in der Tat dem Wissenstransfer auch dann, wenn man sie losgelöst von ihren Verfassern zur Kenntnis nimmt. Das bedeutet aber auch, daß wir sie nicht mehr als Berufungsinstanz in Anspruch nehmen können und auf das eigene Urteil und das der Partner im Diskurs angewiesen sind. Unter diesen Bedingungen nimmt das Kritikpotential zu, während handlungsorientierende Weltbilder offenbar an Verbindlichkeit verlieren.

Eigentlich verdoppelt sich der Diskurs, weil er sich einerseits unter den Experten abspielt, die Wissen produzieren und den Laien andererseits, die Informationen kommunikativ verarbeiten. Für die Selektivität und die Effizienz des Transfers ist dann die Position in sozialen Netzwerken und Hierarchien von entscheidender Bedeutung. Das gilt für die Produzenten wie für die Konsumenten von Wissen. Periphere oder zentrale Stellungen beeinflussen sowohl die Wahrscheinlichkeit des Transfers wie auch die Informationskosten. In zentralen Positionen laufen eben viele Kanäle zusammen.

Man könnte sagen, daß gegenwärtig die Produktion und der Konsum von Wissen in mehrfacher Hinsicht getrennt sind. Botschaften und Botschafter haben sich auseinanderdifferenziert. Sie agieren in unterschiedlichen Diskursen, an deren Schnittflächen Kommunikationsbarrieren gleichermaßen entstehen wie Überschneidungsbereiche, und gleichermaßen werden im Vermittlungsprozeß entweder Sprachebenen ausgeblendet oder aber die persönliche Kommunikation erstreckt sich über deren gesamte Bandbreite mit entsprechenden Konsequenzen.

2. Spezialisierung und Minimierung von Wissen

Die Experten in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung minimieren ihre Informationskosten durch Spezialisierung in übersichtlichen Gruppierungen und durch die Entwicklung von Fachsprachen. Juristen und Theologen haben sich schon immer den Vorwurf der Unverständlichkeit gefallen lassen müssen; den modernen Physikern macht man diesen Vorwurf schon nicht mehr. In einer Gesellschaft, in der fast jeder über Fachwissen verfügt, werden die Verhältnisse unübersichtlich. Sie sind offenbar nicht auf Verständigung angelegt. Die Datenträger sind, im historischen Vergleich, ohne viel Mühe zu beschaffen. Sie sind in Bibliotheken oder im Internet zu vernachlässigbaren Kosten zugänglich. Aber der Erwerb von Wissen ist mit Alternativkosten verbunden: Wer sich auf ein bestimmtes Gebiet kapriziert, verliert zahlreiche Optionen, die er auch hätte wählen können. Zudem setzt der Erwerb von Expertenwissen Zeit und Aufwand voraus. Investitionen tätigt man jedoch in der Hoffnung auf monetäre Erträge, und dem steht die Struktur arbeitsteiliger Gesellschaften im Wege, die zwar den Erwerb von Kenntnissen sozial prämiieren, aber vor den finanziellen Ertrag Zulassungsvorschriften und Prüfungen gesetzt haben. Handlungskompetenz auf der Basis systematisch geordneten Wissens beschränkt sich daher auf Teilbereiche.

Die Produktion von Wissen und Kompetenzen pflegt sich auszuzahlen und wird mit Einkommen, Preisen und Auszeichnungen belohnt. Der Rang sowohl in der „scientific community“, in Wirtschaft, Kunst oder Verwaltung folgt allerdings den Regeln der Qualitätskonkurrenz, die soziale an monetäre Belohnungen koppelt. Er wird unter Experten nach dem Kollegialitätsprinzip festgelegt – unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit – ob es sich um die Wahl zum „Manager des Jahres“ handelt oder um den Nobelpreis. Was zählt, ist die möglichst innovative Leistung. Aber die Maßstäbe, an denen sie gemessen werden, formulieren die Fachgenossen. Der interessierte Bürger ist an diesen sozialen Mechanismen durchgängig nur als Wähler oder als Konsument beteiligt und kann auf diese Weise Zustimmung oder Ablehnung signalisieren, jedoch nicht auf der Basis von Sachkompetenz. Unter marktartig geordneten Verhältnissen reicht der Kaufakt auch zur Legitimierung der Produktionsverhältnisse aus. Die Bewertung von Produkten, welcher Art auch immer, verlangt keine Kenntnisse der Umstände ihrer Herstellung.

Diese Art auch kognitiver Arbeitsteilung wird jedoch in Frage gestellt, wenn Wirtschaft, Technik und Wissenschaft nicht nur durch rapiden endogenen Wandel gekennzeichnet sind, sondern auch Wandlungsprozesse in die Gesellschaft induzieren, die Erwartungen tangieren. Man mag dabei an den Arbeitsmarkt denken, an die Auf- und Abwertung professioneller Kenntnisse, an den Unterschied von Dioxin und Aspirin oder an die Umweltdebatte. Für die Beurteilung bestimmter Artefakte fehlt uns das Sensorium, und für die Beurteilung von Expertenwissen fehlt uns die Kompetenz. Das Ergebnis ist dann ein Schnittflächenproblem zwischen Experten und Laien, das in Vertrauensverlusten resultiert. Das gilt natürlich nicht nur für den Bereich der kommerzialisierten und techni-

sierten Wissenschaft, sondern auch für das Steuerrecht oder die Geldmengenpolitik der Notenbanken.

Die Situation ist widersprüchlich. Die Möglichkeit der externen Speicherung von Informationen macht sie öffentlich verfügbar, und die Entkopplung von medialem und persönlichem Diskurs eröffnet Chancen der Kritik „ohne Ansehen der Person“. Dieses System ist auf Wachstum angelegt, auf die Produktion von Wissen und Innovationen und legitimiert sich durch Leistungen.

3. Wissen für die Masse

Das Publikum befindet sich in einer anderen Lage. Die neuesten Nachrichten aus der Astronomie bleiben im allgemeinen im Bereich affektiver Neutralität: Der Prozeß des Galilei ist nicht mehr nachvollziehbar. Politische Entscheidungen über die Neuordnung der Sozialversicherung greifen dagegen direkt in die Erlebniswelt der Betroffenen ein, obwohl die Informationen aus der Welt der Politik diffus bleiben und in ihrer systematischen Bedeutung kaum nachvollzogen werden können. Im ersten Fall pflegt die Bruchzone zwischen den Experten und einer interessierten Öffentlichkeit zum Beispiel durch Wissenschaftsjournalisten überbrückt zu werden, deren Können auch darin besteht, bestimmte Argumentationsebenen auszublenden. Im zweiten Fall existiert eine teils private, teils in die Verwaltung integrierte Beratungsindustrie, die sich gleichfalls genötigt sieht, Konsequenzen zu verdeutlichen, ohne auf die Begründungsproblematik näher einzugehen.

Der Diskurs ist in beiden Fällen öffentlich, spielt sich im Parlament oder in Zeitschriften ab, und wer will, mag sich gründlich informieren. Man wird dies jedoch nicht tun, weil man auf diese Weise keine Handlungskompetenz erwerben kann. Schnittflächen zwischen den Kulturen von Experten und Laien lassen sich überbrücken, sei es unter dem Gesichtspunkt der Bildung oder der Neugier oder von entscheidungsrelevanten Informationen. Auf der Strecke bleibt der Kanon allgemeinverbindlicher Wahrheiten, die Orientierungen ermöglichen. Das Gelegenheitswissen dominiert die öffentliche Arena. Dies hat wohl weniger mit dem Wertewandel oder der Erosion von Normen zu tun, als mit der Tatsache, daß arbeitsteilig organisierte Gesellschaften gar nicht auf kommunikative Koordination im Rahmen eines gemeinsamen Sprachspiels angewiesen sind. Das bedeutet aber nur, daß die individuelle Koordination von Wissen in einer Person nicht nur nicht glücken will, sondern auch überflüssig ist. Wissenswachstum und Spezialisierung gehen Hand in Hand, und die Kommunikationssperren werden von Fall zu Fall pragmatisch kurzgeschlossen; unter Informationsverlust. Sekundäre Spezialisierung zeigt sich in denjenigen Instanzen, die vermittelnd und beratend auftreten. Auf diese Weise ist auch der Wissenstransfer in den Prozeß fortschreitender Arbeitsteilung eingebunden. In der angelsächsischen Literatur findet sich dafür der treffende Begriff der „boundary-spanner“.

Die Koordination disparater kognitiver Elemente kann auf der Ebene natürlicher Personen offenbar nicht mehr stattfinden. Darin liegt eine der Kränkungen unseres Individualismus und überkommener Bildungsideale, die darauf bestehen, daß Kenntnisse Eigenschaften von Personen sind. Geordnete wie ungeordnete Erkenntnisse lassen sich natürlich an Individuen festmachen, identifizieren und abfragen, andererseits aber zirkulieren Informationen in der Gesellschaft ähnlich wie Geld. Allerdings, während man Geld nicht nur verdienen sondern auch verlieren kann, gilt das nicht für Kenntnisse. Das kulturelle Kapital von Menschen und Gesellschaften weist eine immanente Wachstumstendenz auf, die damit zusammenhängt, daß man sich seines Wissens nicht entäußern kann. Die Welt der Bedeutungen ist kumulativer Natur, während ihr Wert variiert. Die Zirkulation von Informationen in der persönlichen oder mediengebundenen Kommunikation macht sie ungreifbar und unkontrollierbar. Auf der einen Seite ist Wissen eben „personal knowledge“ (*Polanyi*), intim verbunden mit Erfahrungen und Deutungen subjektiver Natur, auf der anderen Seite ist es ein öffentliches Gut, in externen Speichern verfügbar und abrufbar. Selbst das persönliche Gespräch gewinnt so öffentlichen Charakter – ist Veröffentlichung. Darum ist auch eine Monopolisierung von Erkenntnissen auf allen Stufen der Allgemeinheit nur unter einer Bedingung möglich, nämlich der gesellschaftlicher Isolation und damit ein widerspruchsvoller Sachverhalt.

4. Wissen als nicht mehr kontrollierbares Gemeingut

Das Ideal einer umfassend gebildeten Persönlichkeit führt daher einmal mehr in die Thematik kontextgebundenen Wissens, das des Diskurses bedarf. Die Phänomenologie des Wissenstransfers orientiert sich am Individuum, seine Soziologie an gesellschaftlichen Milieus, auf die man zurückgreifen kann, wie auf ein gemeinschaftliches Konto. Besonders anschaulich wird dieser Aspekt von Öffentlichkeit in der elektronischen Allmende des Internet, das niemandem gehört. Wie bei einem Konto geschehen hier Einzahlungen und Auszahlungen, ohne daß jedoch die Auszahlungen die Menge der Informationen vermindern würden. Es ist kein Wunder, daß an dieser Stelle die Kontrollprobleme des multi-medialen Zeitalters virulent werden. Die Idee des Gemeineigentums ist unserem Wirtschaftssystem fremd. Trotzdem handelt es sich hier um eine Erscheinung, die den Doppelcharakter von Kenntnissen als höchst persönlichen Besitz und als öffentliches Gut, nur mit neuartigen technologischen Konturen ausstattet. Die Integration kognitiver Objekte in der Persönlichkeit gemäß der klassischen Bildungskonzeption kann nicht mehr geleistet werden. Man muß sich mit der Tatsache anfreunden, daß sich integrative Prozesse in soziale Systeme mit eigenen Spielregeln verlagert haben, wenn das nicht schon immer der Fall war. Arbeitsteilung nach Sachkompetenz hat sich regelmäßig am Markt und den Absatzchancen orientiert. Dieses System entkoppelt das Handlungswissen der Produzenten von dem der Konsumenten, indem es Artefakte durch wenige, allgemeinverständliche Signale repräsentiert. Artefakte repräsentieren geronnenes Wissen, um einmal *Karl Marx* zu paraphrasieren. So gesehen transferiert der Markt Handlungswissen. Die Vermittlung von Orientierungen ist dagegen nicht seine Stärke.

Wissen wird auch in Hierarchien gebündelt und koordiniert, sei es in Unternehmungen, Verwaltungen oder Universitäten. Zwischen Fachbereichen oder Unternehmensabteilungen existieren alle möglichen Formen von Konflikten: über das Budget, Verantwortungsbereiche oder die Personalpolitik. Die jeweiligen Spielregeln sind jedoch so beschaffen, daß sie den Wissenstransfer an die individuelle Interessenlage koppeln. Publikationszwang an Universitäten wirkt Monopolisierungstendenzen entgegen, weil Promotionschancen an Veröffentlichungen geknüpft sind. Im anderen Falle sorgt das Patentrecht dafür, daß die Forschungsergebnisse von F & E-Abteilungen bekannt werden, während ihrer kommerziellen Verwertung ein temporärer Riegel vorgeschoben wird.

5. Mosaik der Weisheiten

Es ist, aus historischer Sicht, noch nicht so lange her, daß die Suche der Alchimie nach dem Stein der Weisen in das Publikationsdilemma geriet. Geheimhaltung von Erkenntnissen lag im persönlichen Interesse der Experten, aber sie blockierte die kritische Auseinandersetzung. Die moderne Universität dagegen wie auch die Unternehmen binden das individuelle Interesse an monetären und sozialen Belohnungen an Veröffentlichungen, sei es in der Form von Mitteilungen in Zeitschriften oder als materielles Endprodukt von Argumenten. Die Koordination von Handlungswissen oder Sachkompetenz geschieht zuverlässig, wenn auch nicht reibungslos, in sozialen Netzwerken, in Märkten und Hierarchien, das heißt immer dann, wenn der Wissenstransfer an Interessenlagen und Sanktionen gebunden ist. Auch in funktional differenzierten Gesellschaften ist unter diesen Spielregeln eine Überbrückung von Schnittstellen möglich. Nur geschieht sie nicht grundsätzlich kommunikativ – im üblichen Sinne des Wortes – sondern über den Preismechanismus oder im System hierarchischer Steuerung. Offenbar sorgt nicht nur die unsichtbare Hand des Marktes dafür, daß Erkenntnis und Interesse so aneinander gekoppelt werden, daß Koordinationseffekte entstehen. Diese Transferregimes erzeugen jedoch Ungewißheiten und Orientierungsprobleme, die den weiten Bereich von der Suche nach der eigenen Identität bis zum Vertrauen in die gesellschaftlichen Institutionen umfassen. Was hier zur Debatte steht, ist Orientierungswissen. Der Sinn des Projektes der Moderne liegt offenbar nicht mehr auf der Hand. Weder der klassische Bildungskanon, noch die Vermittlung nützlicher Kenntnisse decken das Bedürfnis nach einem eindeutigen und verbindlichen Weltbild ab. Das ohnehin revidierte Programm der Aufklärung läßt sich nicht verlängern in die Telefonseelsorge und die Bedürfnisse, die in Jugendsekten zum Ausdruck kommen. Auch die Orientierung von Jugendlichen an der Rockmusik – und deren Botschaftern – erfolgt in einer gewissen Distanz zu *Platon* und *Kant*. Auf eine überraschende Weise sind der gegenwärtigen Gesellschaft in wenigen Jahrzehnten die einfachen persönlichen Erfolgskriterien von Hab und Gut, Haus und Hof, Familie, Kindern und Ausbildung abhanden gekommen. Das heißt nun nicht, daß wir in einer post-materialistischen Gesellschaft leben, sondern daß standardisierte Erfolgsmaßstäbe zwar noch handlungsrelevant sind, aber nicht mehr als Legitimationsbasis der persönlichen Existenz ausreichen.

Es ist mir nicht ganz deutlich, ob Stichworte wie „Identität“ oder „Selbstverwirklichung“ nun Erfindungen der Gebildeten unter den Verächtern der Vernunft sind oder ob sie in einem Umfang deskriptiv sind, mit dem sich die empirische Sozialforschung auseinanderzusetzen hätte. Wie mir scheint, weisen solche Phänomene jedoch auf gesellschaftliche Bruchzonen hin, die nicht mit den eingespielten und gelegentlich unterschätzten Verfahren der Handlungskoordination in den Griff zu bekommen sind. Zum einen entstehen Orientierungen und Normierungen autonom, wie etwa in Jugendkulturen, deren zentrale Elemente mehr mit Musik und Emotionen zu tun haben, als mit Argumenten – aber sie sind verbindlich. Auf einer anderen Ebene organisieren sich freiwillige Vereinigungen rund um feministische oder ökologische Themen im Rahmen der Koalitionsfreiheit, und wenn ich mich nicht irre, läßt sich hier eine prekäre Konvergenz von Handlungskompetenz und Orientierungswissen beobachten, bei gleichzeitiger Dominanz von Formen der persönlichen Kommunikation. Auch die Entstehung von „non-governmental-organisations“ gehört in diesen Kontext. Sie sind eine Reaktion auf Vertrauens- und Orientierungsverluste im Verhältnis zu überkommenen Institutionen, die ihren Aufgaben nicht mehr so recht gerecht werden. Weder Gewerkschaften noch Parteien, Universitäten und Finanzämter, Unternehmungen oder Regierungen gehören im Augenblick zu den Instanzen, die Vertrauen produzieren. Tatsächlich gehört es nicht zu den Aufgaben des Staates, Sinn zu stiften, wie *Helmut Schmidt* einmal bemerkt hat. Der liberale Staat kann aber die rechtlichen und organisatorischen Randbedingungen beeinflussen, unter denen sich Teilöffentlichkeiten bilden, die Handlungskompetenz und Orientierungswissen aneinander binden. Der Auseinanderdifferenzierung von Handlungs- und Orientierungswissen, von persönlicher und medialer Kommunikation, von normativen und argumentativen Sprachebenen korrespondiert nicht nur ein Verlust von Vertrauen in die Institutionen und die Scheidung von Laien und Experten, sondern auch eine recht robuste Konstruktion von Gegenöffentlichkeit auf verschiedenen Ebenen der Kristallisation von Interessen – und nicht immer bemerkt von der Öffentlichkeit. Das wird nicht reichen. Die Beschwörung der Gemeinschaft im Kommunitarismus und verwandten Bewegungen verdeutlicht das Problem, aber ist nicht seine Lösung. Es kommt wohl eher darauf an, den argumentativen Stil der Aufklärung an expressive Bedürfnisse zu binden.

Zu wenig „Informationstransfer“?

– Sechs Thesen –

Hartmut Kuhlmann

1. Zuviel Informationstransfer	35
2. Selektion von Information	36
3. „Moralische Protokolle“	37
4. „Widerstand“ und „Sensibilität“	38
5. Wissenschaftspublizistik	39
6. Faire Kontroversen	39

1. Es gibt nicht zuwenig „Wissens-“ oder „Informationstransfer“, sonder zuviel.

Nicht zu Unrecht wird beklagt, daß zwischen Wissenschaften, Öffentlichkeit und Politik kein ausreichender Informationsaustausch stattfindet. Genau besehen handelt es sich allerdings nicht darum, daß Informationsströme zu spärlich, sondern daß sie zu reichlich fließen.

Natürlich gibt es Vermittlungshindernisse zuhauf. Um mich auf die Flüsse aus den Bereichen der Wissenschaft in Richtung Politik und Öffentlichkeit zu beschränken: Viele Wissenschaftler fühlen sich der Öffentlichkeit gegenüber nicht gerade rechenschaftspflichtig (obwohl sie es, sofern sie öffentliche Mittel verbrauchen, eigentlich sein sollten); wissenschaftliche Fachsprachen können miteinander schwer oder gar nicht „übersetzt“ werden; gerade von sensiblen Items wie „Risiko“ gibt es sehr unterschiedliche Interpretationen zwischen Experten und Laien; das Bedürfnis nach verbindlicher und klarer Auskunft auf seiten des Laien ist oft wegen des kontroversen Charakters von Forschung oder der Komplexität der zur Debatte stehenden Phänomene nicht erfüllbar; nicht zu vergessen die im Nachkriegsdeutschland (West) tendenziell schlechte öffentliche Meinung in bezug auf Hochtechnologien.

Auf der anderen Seite sind jedoch wissenschaftliche Themen in der deutschen Öffentlichkeit so präsent wie kaum je zuvor. Physiker, Biowissenschaftler und Historiker haben die Rolle übernom-

men, die in den sechziger und siebziger Jahren die Soziologen innehatten (und die die Philosophen schon immer gern gehabt hätten). Ich interpretiere dies als einen Bedeutungsgewinn von faktisch orientierten gegenüber evaluativen Disziplinen.

Wer wissen *will*, kann sich in der Regel ohne große Mühen informieren. Das Problem ist daher grundsätzlich nicht, daß wir zuwenig Wissen zur Verfügung hätten, sondern daß wir nicht wissen, wie wir mit dem vielen Wissen umgehen sollen. Der einzelne Konsument braucht im Prinzip nicht mehr Information, sondern Navigationshilfen durch das Meer der Information – „Kanonbildungssoftware“ (Jochen Hörisch, Literaturwissenschaftler), die Relevantes von Irrelevantem trennt.

Übrigens ist davon auch die Wissenschaft selbst betroffen: Während Forschung – empirische wie nichtempirische – in früheren Zeiten zu einem wesentlichen Teil darin bestand, Informationen überhaupt zu beschaffen, muß sie sich heute in weitaus größerem Maße um vernünftige und handhabbare Filter-, Ordnungs- und Systematisierungsprozeduren bemühen, um aus der zugänglichen Information die jeweils brauchbare auszusondern – bevor sie dann erst in produktives Wissen verwandelt werden kann.

2. Die Selektion relevanter Information folgt nur teilweise sachlichen Kriterien. Entscheidend ist unter anderem die Individualisierung von Interessen sowie Gruppenbildung auf Konsumentenseite: das „special interest“.

Die Informationsflüsse haben – seit langem! – quantitativ solche Dimensionen erreicht, daß „klassische“ individuelle Selektionsmaßnahmen wie die „kritische Sichtung und Prüfung“ nicht mehr anwendbar sind. Wollten wir – wie es manche Diskurs- und pädagogisch-didaktische Modelle nach wie vor suggerieren – alles vernünftig sichten, was uns vor die Augen kommt, wäre dies nicht sehr vernünftig; wir würden wahrscheinlich – wahnsinnig. Die Entwicklung der Publizistik der letzten Jahrzehnte zeigt deutlich, welche alternativen Selektionsverfahren wir bevorzugen: Es ist die Differenzierung und Spezialisierung von Interessen, die der vielgescholtenen Individualisierung der modernen Industriegesellschaft entspricht: Das Individuum definiert sich insbesondere durch Interessen, die es mit manchen anderen Individuen teilt und mit vielen anderen nicht. Und natürlich geht es beim „Interesse“ nicht so sehr um sachliche Auseinandersetzung, sondern um Vorab-Selektion der Sachen, mit denen man sich auseinandersetzen will.

Die Massenmedialisierung – in der wenig von allen konsumiert wird – widerspricht dem nicht. Massenmedien stellen nur (aber immerhin) die gemeinsame kommunikative Ausgangsbasis für die angesprochene Differenzierung zur Verfügung. Auch bei „Intellektuellen“ hat sich der Common sense vom klassischen Bildungskanon auf die Populär- und Massenkultur verlagert; aber gleichzeitig differenzieren sich die speziellen Interessen (und Qualifikationen) immer weiter. Das, was klas-

sischerweise Bildung genannt wird, rückt zusehends vom kulturellen Konsenskern fort in die Inseln der Spezialisierung. Auf so gut wie allen Mediensektoren schlägt sich diese Entwicklung in sog. special interest-Produkten nieder, die Informationsflüsse entscheidend mitbestimmen. Sie bringen aber nicht, wie man meinen sollte, Experten hervor, sondern Insider: special interest-Medien gehen auf eine (fiktive oder reale) Gruppenidentität aus, die sie erzeugen oder zu erzeugen vorgeben. Das Ergebnis ist eine nicht so sehr kognitiv als sozial gesteuerte bzw. intendierte Informationsselektion und -bewertung.

3. Die Selektion relevanter Information folgt auch moralischen Kriterien. Entscheidend ist hier die Etablierung eines – wie ich es nennen möchte – „moralischen Protokolls“, das heute jede Information begleitet und Adressaten wie Bewertungen von Informationen vorbestimmt.

Informationsübermittlung wird stets durch die Kommunikation von Werthaltungen überdeckt oder begleitet. Werthaltungen selektieren auch Information, und zwar nicht so sehr durch Verfälschung oder Ausblendung von Daten, sondern durch Vorabbewertung und Fokussierung von Aufmerksamkeit. Das sind altbekannte und auch aus dem wissenschaftlichen Alltag vertraute Prozesse, die ich mit einer der Softwaretechnik entlehnten Metapher des „moralischen Protokolls“ verdeutlichen möchte: Bei der Übertragung von Dateien über das Internet regeln sog. Protokolle die Aufteilung, Adressierung und Übermittlung der eigentlich zu übermittelnden Information. Ebenso regeln in unserer Öffentlichkeit „moralische Protokolle“ die Adressierung und Bewertung von Botschaften. Es handelt sich um meist unausgesprochene Zusatzinformationen (über Herkunft der Information, Vertrauenswürdigkeit der Quelle, den institutionellen, aber auch den nonverbalen, affektiven Rahmen etc.), die die „eigentliche“ Information nicht nur befrachten, sondern ihre Rezeption von vornherein steuern.

Ein Beispiel: Der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Juden, Ignatz Bubis, hat unlängst offenbart, daß er Passagen einer umstrittenen Rede des seinerzeitigen Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger viel später in einer seiner eigenen Reden verwendet hat. Jenninger hatte wegen des öffentlichen Echos auf diese Rede zurücktreten müssen – Bubis bewies geradezu, daß es dabei nicht um die von Jenninger vorgetragenen Inhalte, sondern um etwas anderes ging: um einen Komplex von sachfremder Bewertung. Ich betone das Moralische dieses Komplexes deshalb, weil die „Werte“, um die es in solchen Prozessen geht, moralischen Charakter haben: Eine Information erscheint in erster Linie nicht als richtig oder falsch, sondern als gut oder schlecht, zuträglich oder empörend. Zudem steht die typische Verknüpfung von Handlungen, auch kommunikativen Handlungen, mit Personen stets unter moralischen Vorzeichen. Im „Fall“ Jenninger ging es wie in vielen anderen um die Personalisierung von Problemen: Nicht Meinungen werden bewertet, kritisiert oder bekämpft, sondern Personen; Probleme werden durch Diskreditierung von Personen „gelöst“.

Wo nicht einzelne Personen zur Verfügung stehen, werden Institutionen oder Interessengruppen herangezogen: So ist in der gegenwärtigen Bioethik-Diskussion gern von „Expertenkartellen“, dem „medizinisch-industriellen Komplex“ etc. die Rede. Ich will nicht leugnen, daß es solche Interessengruppen gibt; ich will nur bemerken, daß sie in den angesprochenen Kontexten nicht so sehr argumentativ als vielmehr moralisch bekämpft werden. Die in den moralischen Protokollen vermittelten Wertungen unterliegen Schwankungen, die selbst medieninduziert sind. Es entsteht so etwas wie „moralischer Konsum“ (Birger Priddat, Ökonom) auf dem Gebiet der Informationsaufnahme: So, wie die Firma Shell wegen der versuchten Entsorgung einer (vermeintlich) verseuchten Ölbohrinsel und nicht wegen der Qualität ihrer Produkte boykottiert wurde, regelt das moralische Protokoll Informationsaufnahme und -bewertung mit wechselndem Fokus der Aufmerksamkeit und zuweilen nahezu unabhängig von dem Gehalt der Informationen, um die es „faktisch“ geht.

4. Informationsübermittlung in bezug auf moderne Technologien und ihre Probleme hat es hierzulande mit besonderen Formen des „moralischen Protokolls“ zu tun.

In bezug auf Informations-, Bio-, Medizintechnologien und Energie sind die Vorbehalte gegen neue Verfahren und Produkte in Deutschland traditionell besonders stark. Sie sind nicht unbedingt absolut stabil – aber sie werden anscheinend weniger rasch abgebaut als in anderen Ländern. Das könnte auch damit zusammenhängen, daß die Formen der moralischen Bewertung sich immer noch an Werthaltungen orientieren, die sich entweder während der siebziger Jahre und/oder als Reaktion auf die Nazi-Zeit herausgebildet haben: So ist beispielsweise die Kategorie des „Widerstands“ (gegen Atomkraft, Gentechnik etc.) dominant – allerdings dürfte sie auch teilweise ungeeignet sein, um tatsächlich etwas „gegen“ derartige Techniken zu bewirken: Die Verwüstung eines Ackers mit „Genpflanzen“ oder die Blockade eines Atommülltransports verzögern entsprechende Entwicklungen oder verlagern sie ins Ausland. Sie lösen das Problem nicht, sondern entfalten eine symbolische Kraft, die freilich auf dem Gebiet des Politischen von nicht geringer Wirkung ist.

Die Verbindung von politisch-moralischer Symbolik und der Ubiquität einer unmenschlichen Vergangenheit wird oft „Sensibilität“ genannt und hat zur immerhin positiven Folge, daß etwa Umweltstandards in Politik und Recht bei uns relativ stark ausgebildet sind. Eine andere, weniger erfreuliche Folge davon ist, daß – trotz teilweise jahrzehntelanger Bemühungen von Ethikern, Fachwissenschaftlern, Kommissionen und Instituten – die Fronten zwischen Wissenschaft und Moral nachhaltig verhärtet sind: „Gegen Moral hilft nur Recht“, postulierte kühl Hubert Markl (Biologe, seinerzeit DFG, heute MPG-Präsident) in einem Artikel gegen Tierschützer; und: „Gegen Recht hilft nur Moral“, lautete die Antwort.

5. Wissenschaftspublizistik kann sich diesen Trends nicht entziehen. Sie kann aber versuchen, sie sich zunutze zu machen.

Wissenschaftspublizistik kann die Verknüpfung von Informationsübermittlung einerseits und Gruppeninteressen sowie Werthaltungen andererseits nicht auflösen. Sie muß mit ihnen leben und sie folglich benutzen.

Am besten wäre es, wenn man solche „moralischen Protokolle“ verwenden könnte, die der sachlich angemessenen und gesellschaftlich notwendigen Informationsübermittlung besser dienen als andere. Dies wären natürlich alte „aufklärerische“ Tugenden wie Toleranz, Skepsis gegenüber verfestigten Werthaltungen etc. Gerade deren Geltung steht aber – wie in These II. behauptet – möglicherweise vor strukturellen Grenzen. Moralische Protokolle scheinen mir überdies Elemente einer Art moralischen Gruppenkonsenses zu sein. Als solche stehen sie nicht ohne weiteres zur willkürlichen Disposition: man kann sie weder erfinden noch einfach verordnen. In der publizistischen Praxis geht es hier um so schwer zu beeinflussende Phänomene wie das „Image“ einer Zeitschrift, um die Stabilität und Toleranz von Leser-Blatt-Bindungen etc., die für die Ausprägung der jeweiligen moralischen Protokolle entscheidend sind. Mit Sicherheit aber wird die Wissenschaftspublizistik im Konzert der Medien zu einem „very special interest“.

Natürlich gibt es hier erfolgreiche Ausnahmen: manche Teile naturwissenschaftlicher Fachpublizistik und Bereiche mit einem breitenwirksamen Themenspektrum wie etwa die Psychologie. Aber in weiten Bereichen, in denen Wissenschaft kompetent ist, wird sie mit einem Mißverhältnis zwischen postulierter sachlicher Relevanz der Information und dem tatsächlichen Grad öffentlicher Aufmerksamkeit rechnen müssen. Es kommt hinzu, daß die Konjunkturen öffentlichen Interesses unberechenbar sind. Medienpolitischer „Erfolg“ ist nur unter Bedingungen planbar, die im wissenschaftspublizistischen Bereich weder gegeben noch wünschbar sind.

6. Der Entscheidungsdruck, der auf den Industriegesellschaften lastet, wächst auf allen Gebieten moderner Technologien – Informations-, Bio- und Medizintechnologien sowie Energie – in beängstigendem Ausmaß. Gute Wissenschaftspublizistik ist so notwendig wie zu kaum einer anderen Zeit.

Die Wirkung, die insbesondere die Bio- und Medizinwissenschaften derzeit außerhalb ihrer selbst ausüben, ist mit „Verunsicherung“ mild ausgedrückt. Elementare Gewißheiten über menschliches Leben und den Tod, über die Unterschiede zwischen Mensch und Tier, über den Wert von Charakter und Person, über Krankheit und Gesundheit werden in Frage gestellt. Fakten und Sicherheiten, die Gegenstand metaphysischer Glasperlenspiele gewesen sein mögen, andererseits aber in den Bereich des Privatesten und/oder des Selbstverständlichsten gehörten, werden aufgelöst. Recht und

Politik sind eben erst dabei, diese Probleme wahrzunehmen und erste Regelungen zu treffen. Die Gleichförmigkeit der Konfliktabläufe, die sich dabei ergeben (Fehler in der Öffentlichkeitsarbeit von Institutionen, moralische Empörung bzw. Ängste auf seiten der Gegner mit entsprechenden Handlungsformen von Protest und „Widerstand“, verkürzende Berichterstattung in den Massenmedien, Diskreditierung von Personen etc.) scheint mir darauf hinzuweisen, daß die Probleme, mit denen wir es hier zu tun haben, hartnäckig und langfristig sind.

Eine Wissenschaftspublizistik, die zuverlässige Informationen sammelt, zur Verfügung stellt und zugleich paradigmatisch faire Kontroversen führt, könnte versuchen dazu beizutragen, Grundlagen für die nötigen gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse zu schaffen. Das heißt: Gute Wissenschaftspublizistik hat nicht nur eine wissenschaftliche, sondern vor allem eine gesellschaftlich notwendige Funktion.

Der Osten im Westen – Gedanken zu einer mühevollen deutschen Standortveränderung

Hans-Peter Lühr

Meine Damen und Herren, ich bin eingeladen worden, vor Ihnen und mit Ihnen ‘Über deutsche Identität heute’, ‘Über das Kulturbewußtsein einer neuen, größer gewordenen Bundesrepublik’ zu sprechen. Ich bin eingeladen als Ostdeutscher nach Westdeutschland, zu einer Reise von seit Jahren äußerlich angenehmer Umstandslosigkeit, die innerlich jedoch noch lange Zeit schwierig bleiben wird, problematisch durch wirkliche, wie eingebildete Konflikte. Darüber möchte ich sprechen.

Sprechen möchte ich aber auch und vor allem über den Anfang dieser Reise – nun metaphorisch gemeint – und der heißt DDR. Beide Linien sollten sich, dem Thema gemäß, im Versuch einer Standortbestimmung treffen, wobei ich deutlich spüre, ich kann nur bedingt für andere Auskunft geben. Ich rede halt aus meiner Sicht und meiner Erfahrung.

DDR – was also war das? Die gängigen Klischees haben wir seit Jahren parat, sie sind darüber stumpf geworden: Unrechtssystem, SED-Diktatur, Mißwirtschaft, Kulturverfall u.s.f. Jeder einzelne Begriff mag stimmen – jedenfalls unter einer bestimmten Optik. Die Frage ist: Wie produktiv kann er sein für das Verstehen der Phänomene der DDR und der vertrackten Mechanismen seines Machtgetriebes? Dieses Begreifen ist mit Etiketten wie eben erwähnt kaum möglich. Doch ist es eine notwendige Arbeit geblieben, sozusagen ein aktiver Vergangenheitsbezug – um das Wort Bewältigung zu vermeiden –, der in Deutschland West sicher von geringerem Interesse, aber in Deutschland Ost unabweisbar und unverzichtbar ist, gleichwohl aber auch sehr gebremst ist. Es gibt mittlerweile viele Bücher über die Wende, doch wenige – merkwürdig genug – über die tiefe DDR. Das mag daran liegen, daß wer immer da redet, vor dem Spiegel steht und auch die eigene Rolle sieht.

Zweifellos war die DDR immer ein repressives System, das seine Menschen zur Unmündigkeit gezwungen hat, zur Autoritätsgläubigkeit und zum permanenten und erheblichen Selbstverzicht. Dabei wuchs der staatliche Zwang mit der Nähe zu seinen Institutionen. Die so konditionierten Haltungen konnten mit dem Sturz des Systems nicht einfach fix verschwinden, zumal, wenn die neue Ordnung, wie wir erleben, sie gut gebrauchen kann. Sie wurden tausendfach verinnerlicht und lösen sich nur langsam, vielleicht erst über Generationen auf. Sie waren älter als die DDR. Sie waren Tugenden im Kaiserreich und Überlebenspflicht im Nazistaat. Wieviel Feigheit und Kleinmütigkeit ging in Deutschland bruchlos in die neue Zeit über ...

Erzogen wurde die Untertanenhaltung in der DDR von einem hierarchisch geordneten Ein-Parteien-System: Wirtschaft, Volksbildung, Rechtsprechung, Politik. Alles war reglementiert und kontrolliert von der einen Macht – SED. Widerspruch bedeutete ihr Feindseligkeit, und also steckte in allem der Zensor und der Pädagoge. Die Kontrolle nahm bizarre Formen an. Bei meinem Studium an der TU Dresden Anfang der 70er Jahre wurden die Ohren für Marxismus-Leninismus zeitweise mit der Drohung geöffnet, nach der Vorlesung die Mitschrift stichprobenartig zu zensieren. Andererseits drohte einem Kommilitonen die Exmatrikulation, weil er verbotenerweise bei einem Messebesuch in Leipzig von Kugel-Fischer aus Schweinfurt einen Prospekt erbeten hatte. In der Summe solcher und ähnlicher Absurditäten erstarrte das Land in seiner Spätphase langsam in Konfliktunfähigkeit – respektive, es polarisierte sich in das hoffnungslose Feld öffentlicher Schizophrenie und der privaten Nischenexistenz. Diese konnte normal und alltäglich und also auch glücklich und daher Erinnerungswert sein bis heute.

Selbstverzicht – na gut, na ja, wir haben ihn oft nicht mehr gespürt. Ich erinnere mich an meine kleine Schwester, die nachmittags für die Christenlehre Jesus am Ölberg malte und dazu unbefangen trällerte: „Wir sind die Junge Garde des Proletariats.“ So fing es an. Ich erinnere mich aber auch der eigenen fatalen Rezitationsauftritte bei öden FDJ-Unternehmen mit ähnlichen Texten. Oder mein beschwichtigendes Nein-Nein auf die scharfe Frage eines Bezirksfunktionärs der SED in Halle – da war ich gestandener Lektor –, ob ich Probleme mit dem sozialistischen Realismus habe. Offenbar ist unser Schmerzvermeidungspotential beträchtlich, und die Geschichten, die es im Osten erzeugte, füllen die Biographien. Die Wut über die staatlichen Zumutungen entlud sich 40 Jahre lang in Witzen und Verweigerungen. Der große Aufstand blieb im kleinen Frieden der ironischen Resignation aus. Ich rede hier in Ansätzen von der Stimmungslage einer Mehrheit in den 80er Jahren; ich habe sie noch sehr deutlich vor Augen.

Zwei Ausnahmen von der Majorität gab es wohl immer – den Versuch einer künstlerischen und intellektuellen Opposition. Diese stellte spätestens seit den 70er Jahren einen Gegenentwurf, ein differenziertes und eigenwilliges Menschenbild auf, dessen Ideal es war, Selbstbestimmung zu finden. Ein paar symptomatische Namen dafür sind: Christa Wolf, Franz Fühmann, später Christoph Hein, Müller und Braun, die Maler Mattheuer und Hans Theo Richter. Für viele galt: Sozialismus ja, aber einer ohne Macht- und Meinungsmonopol. Unausgesprochen meinte das das Verschwinden der Funktionäre und folglich bellten die getroffenen Hunde, die anderen, die Träger des Systems, die Ideologie- und Privilegienverteidiger, die euphorischen Genossen, die aus einer historisch gespaltenen Wurzel lebten: Antifaschismus und preußische Disziplin. Es war die Generation einer von Hitler und Stalin gleichermaßen gebeutelten Linken. KZ und Gulag waren die ewigen Schlagschaten der überlebenden deutschen Kommunisten, die zu den Gründern der DDR wurden. Die am eigenen Leib erfahrene Not und Angst hat sie nie verlassen. Die Rüstung, in die sie kämpferisch stiegen, wuchs ihnen ununterscheidbar – so Volker Braun – in die Haut. 1953, 1956, 1961, 1968, 1980 – alle Anfälligkeiten des Systems haben die Funktionäre in einen immer absurder werdenden Schutzwahn getrieben. War es schon 1945 zu spät? Victor Klemperer schreibt in seinem „Dresdner

Tagebuch 1945“, das ich in meiner Zeitschrift 1995 veröffentlichen konnte: „Ich sehe keinen Unterschied (außer dem Vorzeichen) zwischen LTI und LQI.“ Ein KPD-Funktionär hatte ihm gestanden: „Wir müssen ja vorläufig den demokratischen Staat mitmachen. Später ...“

Kampfgruppen und Mauer, Stasi und Wehrkundeunterricht – all dieser politische Zwang läßt sich deuten als neurotischer Schutz gegen die eigenen schlimmen Erfahrungen der 20er, 30er Jahre. Auch manche puritanisch-kleinbürgerlichen Moralvorstellungen der frühen DDR kamen aus diesem Horizont. Als ich am Leipziger Literaturinstitut ein zweites Mal studierte, war ich einmal Zeuge eines Gespräches mit Trude Richter, einer Schriftstellerin noch aus proletarisch-revolutionären Weimarer Zeiten, die feurig die SU verteidigte. Wir wußten alle, die Frau hatte ihren Mann im Lager, im Gulag, verloren und war selbst bis etwa 1953 in Sibirien. Wir waren fassungslos. So aberwitzig stand noch nach Jahren das eigene Leben auf dem Spiel! Wie oft kam solcherart in diesem Land DDR neue Schuld aus alten Tragödien. Und wie viele haben das wohl durchschaut? – Bis weit in die 60er Jahre hinein hatte jedenfalls die Herkunft aus dem antifaschistischen Widerstand noch starke Integrationswirkung in der Bevölkerung, zumal aus der Bundesrepublik der große Frieden mit den Nazitätern als erhebliche Unbehaglichkeit hinüberwehte in das ärmere Land. Verwirrend war der Einschnitt 1961, desillusionierend der von 1968 – seither gab es kaum noch innere Legitimation für das System. Die Diktatur war unmißverständlich, die Verlogenheit manifest, die Resignation umfassend. Und in diesem hier nur grob skizzierten Feld Identifikation mit einem Staat? In den 70er, 80er Jahren war sie kaum mehr ernst zu nehmen. Buchtitel der frühen 60er, wie „In diesem besseren Land“ oder „Wir und nicht sie“ waren längst obsolet. Staatsbewußtsein DDR war Zeitungspropaganda oder jenes Demonstrationsplakat, das an der ersten Kreuzung nach der Tribüne in die Büsche flog: „Wir sind stolz auf unser sozialistisches Vaterland“; „Gruß dem ZK der SED“; „Es lebe der unverbrüchliche Bruderbund mit der SU“ etc. Zehn Mark zahlte der Betrieb in den 80ern für Anwesenheit beim 1. Mai – so der Kommentar der Wirklichkeit. Die kabarettistisch anmutenden Phrasen waren zugleich zum Verzweifeln, weil sie den Tiefstand des Bewußtseins und die Entwertung einstiger Hoffnungen anzeigten. Zuletzt glaubten auch die Funktionäre nicht mehr an ihr Geschwätz. Wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern war Selbstbetrug erste Höflingspflicht – ein pathologischer Mechanismus, den man sich nicht harmlos im Gut-und-Böse-Raster denken darf.

Was also blieb übrig an ungekränktem Bezug? Für die Mehrheit war es das staatsferne kleine Glück des Privaten mit kompensatorischen Genüssen zwischen Schnaps und Sport und dem heimlich-unheimlichen TV-Blick nach dem Westen. Für die Intellektuellen war es die Utopie eines demokratischen Sozialismus und einer künftigen, freien Persönlichkeit. Anfänglich mühsam aus Giftschränken, später relativ liberal, speiste sich solche Hoffnung aus dem Arsenal der Weltkunst, den Dichtern der frühen SU, der kritischen Linken aus Weimar zwischen Brecht und Benjamin, aus der europäischen Moderne – Camus, Frisch, Peter Weiß. Kritisches Denken als Spielwiese für eine Minderheit, die die eigene Ohnmacht mit Esoterik verdrängte und die sich für den Spielraum mit Schweigen bedankte? Spätestens mit der Ausbürgerung von Biermann entstand diese Frage. Natur-

lich, es ist kein richtiges Leben im falschen, sagt Adorno, doch erwies sich das utopische Gegenbewußtsein als ein Treibmittel für die Wende. Das andere war der ökonomische Ruin des Landes.

So kam über Moskau und Ungarn 1989 der nie für möglich gehaltene furiose Umsturz der Verhältnisse, der allzu kurze Sommer der Anarchie. Die alte Macht zerfiel, die neue war noch nicht in Sicht – für wenige unvergeßliche Monate kamen alle alten verstockten Verhältnisse zum Tanzen. Im Glück des endlich erwachenden Selbstgefühls war die ganze Welt beschlossen. „Wir sind das Volk“ – dieser merkwürdige Schlachtruf der Montagsdemonstration ist eben darum eine fast poetische Erfindung, weil er von einem anrührenden, seltenen Ich-Gefühl in kindlicher Ahnungslosigkeit erzählt, was dies politisch wohl brächte. Das Machtvakuum war schnell gefüllt und nicht von den Trägern des Umsturzes. Fast ist auch die Frage vergessen, was sie, die Bürgerbewegung und ihre Intellektuellen denn wollten mit ihrem dritten Weg. Ich glaube, es war kein politisches, sondern ein pädagogisches Programm gemeint: die Lösung der Menschen aus autoritärer Abhängigkeit, die endliche Entfaltung seiner Potenzen, die Abschaffung repressiver Strukturen. Aufklärung also – ein schönes und ehrenwertes, aber politisch naives Denken. Idealismus nach deutscher Art? Christa Wolfs Aufruf „Für unser Land“ wollte eine sozialistische Idee retten, die bei der Mehrheit längst verloren hatte. Mit der März-Wahl 1990 zerplatzten alle linken Hoffnungen – 5% für die Utopie, das statistische Mittel aller Avantgarde – gut gerechnet. Verrechnet hatte sich die Bürgerbewegung. Niemand wollte ihr Emanzipationsprogramm, so notwendig es für das gedemütigte Volk auch war. Es hätte weh getan, denn es brachte anstrengende Konfrontation mit dem eigenen Verhalten in der DDR und es wäre zudem ein karges Brot gewesen in einer angeschlagenen Wirtschaft. Wer wählt freiwillig solche Doppelbelastung?

Statt dessen brachte die Wahl den schnellen Anschluß – sie konnte kaum anders ausfallen bei dem innerdeutschen Wohlstandsgefälle, das als Wertefälle begriffen wurde. „Ni mehr minderwertsch sein“ – so läßt Thomas Rosenlöcher in seinem Wende-Tagebuch „Die verkauften Pflastersteine“ diese Gleichsetzung von sächsischer Stimme hinterlistig auf den Punkt bringen. Konsum gleich Ansehen. Doch immerhin impliziert die Unterwerfung ökonomischen Instinkt: Einer Mehrheit in Ostdeutschland geht es materiell sichtbar besser. Noch! Nur ist die damals leise Frage immer lauter geworden, ob der Preis, der da gezahlt wurde, auf lange Sicht zu rechtfertigen ist. Es hätte ja auch anders kommen können: z.B. Entschädigung statt Rückgabe. Dann wären nämlich nicht fatale 90% des alten DDR-Eigentums heute in Westhand, was die Sieger-These für immer zementiert. Oder man hätte den selbstkritisch gewordenen ostdeutschen Medien aus politischem Willen ein paar Jahre Selbständigkeit gewährt und sie nicht umgehend – böses Wort – gemühlfenzelt. Dann wäre vielleicht Vergangenheitsbewältigung nicht so wirklichkeitsfremd auf die Stasi-Frage reduziert worden, was wieder einmal in Deutschland von aller individuellen Trauerarbeit entlastet.

Solche Differenzierungen waren aber offenbar nicht gewollt, und der Sprung in die Marktwirtschaft wurde zur ökonomischen und ideellen Radikalkur. Ihre Vokabeln sind schon genannt: Privatisierung, Besitzrückgabe, ungebremstes Marktgesetz. Die ehemaligen DDR-Bürger haben sie erfahren

als Wechselbad extremer Gegenläufigkeiten: Milliardentransfer aus Bonn für neue Straßen, besseres Wasser, Sanierung der Verwaltung und Milliardendeal bayrisch-schwäbischer „Cleverles“ an der Immobilie DDR; Reiselust quer um den Globus und das Abgewickeltwerden ganzer Arbeitsgruppen in die Arbeitslosigkeit, echte Hilfsbereitschaft und Schwarz-Schillings Briefmarkenopfer für die Neger im Osten; Einführung überprüfbarer Rechtsstaatlichkeit und schmierige Integration alter Funktionäre in den neuen Funktionalismus, neues Auto und gefährdete Wohnung, freie Rede und Gewalt auf der Straße u.s.w. u.s.w., die Liste der Ambivalenzen ist abendfüllend. Freiheit heißt offenbar, ein jeder darf's versuchen, Biedermann und Gangster. Die Effizienz regelt zwischen beiden den Verkehr, und wer die besseren Muskeln hat ... Nein, diese Art Lernarbeit war nicht erwartet worden. Bei den Umarmungen des Einheitsjahres wärmte den mageren östlichen Leib die heimliche Hoffnung auf eine höhere Gerechtigkeit: Für vier tapfere Jahrzehnte müsse nun die Belohnung kommen. Die Enttäuschung wurde zur tiefen Kränkung bis heute. Der ostdeutsche Michel war wieder einmal zu kurz gesprungen in dieser extrem beschleunigten Zeit.

Auch die Interpretationen zu diesem Vorgang sind Legion. Habermas spricht von überstürzter Selbstpreisgabe, Christa Wolf analysiert westliche Siegerpose und die Dämonisierung der DDR, Hans Mayer registriert eine kühl kalkulierte Vereinnahmung durch den Westen, Volker Braun dichtet kurz und knapp von der Treuhand der Barbaren. Alle beschriebenen und beschreibbaren Ambivalenzen skizzieren schwankenden Boden. Ankunft im Westen heißt vor allem Ankunft in der neuen Unübersichtlichkeit der postmodernen westlichen Kultur und den Gefährdungen einer mühsam ausbalancierten Weltwirtschaft. Ökologische Krise, Nord-Süd-Gefälle und neue Armut, Egoismus und Beliebigkeit waren keine Fremdworte in der DDR. Es waren nur sehr gedämpfte Vokabeln. Jetzt sind sie uns allen gleich grell geworden. Wie wirklich ist die Wirklichkeit? – Wir unterscheiden uns heute im Abstand von ihren Fatalitäten und in der Reaktion auf diese. Nun leben auch wir, der Osten in der „Gesellschaft durchschnittlicher Verlogenheit“, wie das Max Frisch in seiner letzten großen Rede resigniert beschreibt. Statt Aufklärung Tanz ums Goldene Kalb, auch *das* Max Frisch, und mancher im Osten tanzt besonders wild. Aber immerhin, wir haben die große, staatlich verordnete Lüge getauscht gegen die mehrheitsfähige, eben durchschnittliche Betrügerei, gegen das Prinzip bedingungsloser Vorteilsnahme, das uns in den Augen der Dritten Welt die Seele zerstört, doch ist auch das schon Fortschritt (ohne Zynismus), denn er befreit den Osten in die Wirklichkeit menschlicher Verhältnisse. Sie sind nicht schön, aber mit Mehrheitsbeschluß ließen sie sich schon ändern.

Deutsche Identität? Nach einer kurzen Phase verwirrender Aufrichtigkeit leben sehr viele Menschen im Osten wieder in den alten Verhaltensmustern von Anpassung und Ängstlichkeit, freilich nun oft drapiert von angelernten forschenden Gesten. Widerspruchsfähigkeit ist auch heute selten – sie brächte notgedrungen den Konflikt. Die Deutschland-Rufe des Wendejahres sind längst verstummt, und es ist schwer zu sagen, war es Patriotismus oder ökonomischer Masseninstinkt, Kohls Ehre mit Fahnen zu kitzeln. Heute jedenfalls ist „Deutschland-Deutschland“ eher zum Schlachtruf pathologischer

Fußballfans degeneriert. Programm ist es auf dem Niveau von Bomberjacken und Springerstiefeln. Dort ging es allerdings auch einst zugrunde.

Deutsche Identität? Wenn schon, dann fühle ich mich befreit nach Europa, nach Paris, München, Venedig, die Provence und die fränkische Weinstraße. Rangfolge aufzumachen fiel mir schwer. Anders gesagt, ich glaube nicht an den Integrationsfaktor Nationalität – er ist mir nicht definierbar. Auch nicht über Kultur. Goethe? – ja, aber Voltaire, Thomas Mann? – natürlich kenne ich Sartre. Nationalismus ist Kompensation persönlicher Not – das wissen wir durch Heinrich Mann und die Glatzköpfe von Rostock. Es war ein schweres Lernen. Victor Klemperer, lesen wir in seinen Tagebüchern der Nazizeit, war deutsche Kultur noch ein unbedingter Wertmaßstab, den er unter Lebensgefahr verteidigte gegen die Barbarei. Schmerzhaft bis zur Unerträglichkeit war ihm erst der Blick in das Nachkriegschaos, das eben keine Hoffnung auf deutsche Kultur mehr zuließ. Weimar lag zu nah an Buchenwald.

Ganz anders freilich steht es um die Region. Ich kann im Schwarzwald zu Hause sein oder auf den Friesischen Inseln, im Prenzelberg oder im oberen Elbtal. Das sind Zugehörigkeiten, die uns wohl tatsächlich bestimmen. Die erste neue Fahne, die ich 1990 in Dresden gesehen habe, war nicht die deutsche, sondern ein selbstgenähtes grün-weißes Sachsenfähnchen, stolz gehißt am Bug einer Elbfähre. Wenn in der DDR von Patriotismus die Rede sein konnte, dann von lokalem: unser Zwinger, unsere Pioniereisenbahn. Heute heißt das: unsere Frauenkirche, freilich ist sie als emotionales Hoffnungszeichen drauf und dran, zum politischen Prestigeobjekt zu verkümmern. Die Erfahrung meiner Arbeit als Redakteur der Dresdner Hefte ist jedenfalls: der innere Identifikationsbedarf mit der Region ist groß. Die Binsenweisheit „keine Zukunft ohne Vergangenheit“ läßt sich, so denke ich, sehr wohl verlebendigen im Nachvollzug des Kräftespiels ihrer konkreten Geschichte. Wie war es am 17. Juni 1953 im Sachsenwerk Dresden, oder was spielte sich ab am 9. November 1938 vor der Semperschen Synagoge? Welches Schaudern in der ersten Ausstellung „Spiegelbilder des Verfalls in der Kunst“, 1933 im Dresdner Rathaus ausgerichtet, aber auch welche Hoffnung, als inmitten der Ruinen der verbrannten Stadt die ersten neuen Häuser standen. Geschichtskennntnis macht uns nicht besser, vielleicht aber ein bißchen resistent gegen die heutigen Klischees. Dann freilich beginnt mich auch zu interessieren: wie war es, als 1968 der Regierende Bürgermeister von West-Berlin Wasserwerfer gegen die Studenten schickte und Jahre später Böll Rosen an Beate Klarsfeld? Oder wofür brauchte Beuys seine Fettecke und Erhard seine Zigarre? Zum Respekt vor der Leistungskraft der alten Bundesrepublik und ihrer Demokratie kommt das Unbehagen an ihrem Hang zur Perfektion, zum Ästhetizismus. Irgendwo, lerne ich begreifen, ist deutsche Geschichte auch wieder ungeteilt – mindestens als Verdrängungsgeschichte. Stalinistische Ideologie hier, amerikanisierte Wohlstandswelt da; beides erleichterte das Vergessen. 40 Jahre lang durften die verwirrten deutschen Geschwister ihre abgespaltene Katastrophengeschichte aufeinander projizieren. Du bist der Lump, nein du. Und wer war es nun? Der Streit war Ersatz für die Trauerarbeit, das wissen wir, die Nachgeborenen.

Mit Geschichte kann man zwar nicht identisch sein, wohl aber vertraut. Empathie ist auch hier ein heilsames Wort. Wieviel unerlöste Sehnsüchte hinter Wohlstandsfassaden, welche Verkrampfungen unter dem Deckel sozialistischer Ideologie! Welche Bosheiten und welche Beschädigungen, welche Leistung und Phantasie zwischen Freiburg und Stralsund! Wir können und wir sollten sie uns gegenseitig erzählen. Eine ganz andere Übereinstimmung könnte daran wachsen: die mit sich selbst. Bei Habermas lese ich auf die Frage nach Identität in einer komplexen Gesellschaft der Gegenwart ein vielfaches Nein: Staat, Nation, soziale Klasse, Religion – die alten Werte sind perdu. Was übrig bleibt bei ihm: das Hegelsche erwachsene, universalische Ich. Eine plausible Antwort, ein glaubhafter Wert, eine Utopie und also wiederum kaum mehrheitsfähig. Weder im Westen, wie ich vermute, noch im Osten der Republik, dem viel gelänge, wenn ihm im Wirbel des Existenzkampfes nicht ganz der Instinkt verloren geht. Unter der Oberfläche des staatserhaltenden Gebetsmühlengeklappers war das Gefühl für die verkehrte Welt der späten DDR bei ihren Bürgern immer intakt. Ich denke, auch heute haben viele im Osten die Sensoren an den heiklen Stellen der Gesellschaft. Kleiner Skandal in Dresden vor 3 Monaten, als einem Kabarettisten von einer importierten Fernseh-Chefin eine Pointe verboten wurde. „Frage: Wann ist die deutsche Einheit vollzogen? Antwort: Wenn der letzte Ossi aus dem Grundbuch verschwunden ist.“ Das war der gutverdienenden Dame denn doch zuviel. Also Schnitt.

Was für eine Anstrengung, die außengeleiteten Wohlstandswerte auch dann nicht zu wollen, wenn man andere noch nicht hat. Wir können sie allenfalls gemeinsam finden – siehe Habermas. Das Experiment Marktwirtschaft ist ausgereizt, wenn sich alles prostituiert. Dem Zustand nähern wir uns. Die krebserkrankten Medienmultis schicken sich an, auch die Informationsmaschine zur Zellteilung zu bewegen. Bald beliefern uns hundert Kanäle mit der schönen Botschaft: Carpe diem.

Deutschland 1996 ist Ankunft in gemeinsamer Ratlosigkeit. In diesem Zustand ist der Osten etwas stärker konditioniert, und man darf gespannt sein, ob sich das Training auszahlt. Was ihm fehlt, Nüchternheit und rationelles Denken, ist erlernbar vom ungleichen Partner. Wir sind soeben dabei. Wird sich das trennen lassen vom Elend des notorischen Berechnens?

Mehr Fragezeichen als Antworten – doch je präziser wir uns unsere gemeinsame Herkunft definieren, um so eher, denke ich, bewegen sich unsere Fragen in Richtung Verbindlichkeit. Die Sehnsucht danach ist nicht gering. Mein Anwalt, ich brauche ihn, er kommt aus Frankfurt, sagte mir neulich, wie angenehm ihm oft die Unverstelltheit der Ostdeutschen sei, nur eben noch immer diese miese Küche hier. Im Nachhinein fällt mir eine schöne Antwort ein: Nun löffeln wir unsere jeweiligen Suppen halt gemeinsam aus.

Industrielles Gartenreich

– Ein Spaziergang –

Hermann Glaser

1. „So laßt uns denn aufbrechen...“	49
2. „Und so schauen wir ins Land...“	50
3. „Wir bauen eine neue Landschaft...“	53
4. „Wir müssen weiter...“	54

1. „So laßt uns denn aufbrechen...“

„Ich kann freilich nicht sagen“, so Georg Christoph Lichtenberg in den „Sudelbüchern“, „ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber so viel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll.“ Eine solche, jedem Dogmatismus und damit der Dialektik der Aufklärung (ihrer Verkehrung ins Gegenteil) fernstehende Aufforderung zum Wandel ist in Erwartung des 21. Jahrhunderts dringlicher denn je. Dabei geht es um eine Vernunft, die nicht auf ein Entweder-Oder, sondern, dialektisch sich fortentwickelnd, aufs „Und“, also Synthesis zielt. In seinem gleichnamigen Aufsatz (1927) stellt Wassily Kandinsky fest, daß das Ordnen bislang auf der Basis der Absonderung, Zerteilung geschehen sei; die Spezialisierung habe zur Ordnung, die Ordnung zur Spezialisierung geführt.

„Das 20. Jahrhundert steht unter dem Zeichen ‘und’.“ Das stimmte zwar nicht, denn fortschreitende Modernität brachte eine stete Zunahme sich gegenseitig abgrenzender Subsysteme; das explosionsartige Anwachsen wissenschaftlicher Erkenntnisse führte dazu, daß man von immer weniger immer mehr weiß (um am Ende von Fast-Nichts alles zu wissen). Als Hoffnung antizipatorischer Vernunft ist jedoch Kandinskys Postulat notwendiger denn je. Wenn es dem Möglichkeitssinn (den auszuweiten eine wichtige kulturpädagogische Aufgabe ist) nicht gelingt, vernetztes Denken zu entwickeln, wird man die Probleme, welche die Komplexität von Umwelt und Gesellschaft mit sich bringen, nicht erfolgreich angehen können.

Die strukturelle Arbeitslosigkeit zum Beispiel bedürfte zu ihrer Milderung bzw. Überwindung ein gesamtfiskalisches Denken, das betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Überlegungen

„ganzheitlich“ vereint (also diese nicht nur als ökonomisches Problem begreift). Man würde dann erkennen, daß die Arbeitslosigkeit aufgrund der durch sie verursachten Mehrausgaben (Bezahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen, Sozialhilfe und Wohngeld) sowie aufgrund der Mindereinnahmen (bei Renten- und Krankenversicherung), des Ausfalls an Wertschöpfung für die Gesellschaft, der gesundheitlichen Folgekosten und der Vernichtung von Humankapital wegen des Verlusts an beruflicher Qualifikation etc. fast soviel kostet, wie eine tariflich bezahlte Beschäftigung innerhalb des zweiten Arbeitsmarktes – etwa in Bereichen Soziales, Erziehung und Bildung, Kultur, Ökologie, Gesundheit. Investitionen dafür entsprächen auch dem soziale Marktwirtschaft prägenden ethischen Utilitarismus, der auf das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl zielt. Solches „Benefit“ würde sich insofern auch wieder betriebswirtschaftlich auswirken, als kollektives Wohlbefinden dem ökonomischen Subsystem zugute kommt: die Produktionsphilosophie des CAM (computer aided manufacturing) benötigt – in Ablösung des auf Drill und Dressur basierenden Taylorismus – ein weites Spektrum von Schlüsselqualifikationen und soziokultureller Kompetenz. Die Foren, Gremien und Institutionen, die im generalistischen und interdisziplinär-vernetzten Diskurs Wege in eine „bessere Zukunft“ zu finden trachten, haben kaum Einfluß auf die Politik, die im besonderen Maße – schon aufgrund des Zeitdrucks, unter dem sie ständig steht – lediglich okkasionell reagiert.

Hier wie insgesamt verhindert die Beschleunigungskrise Optimierungsverfahren, bei denen Interdependenzen erkannt und für Lösungsstrategien nutzbar gemacht werden. Die Chancen der Gleichgewichtsgesellschaft liegen weder in einem Zurück zur Primitivität noch in einer Entwicklung zur absoluten Technokratie, „sondern in einem fundierten Verstehen und Berücksichtigen der Wechselwirkungen zwischen Mensch und Biosphäre, in einem Ausnutzen von Regelkreisen und Symbiosen, statt in deren Zerstörung. Heute, wo der vor mehreren Jahrtausenden sporadisch begonnene Zivilisationsprozeß mit einmal fast die ganze Umwelt erfaßt hat und die einst nahezu unbegrenzten Möglichkeiten der Selbstregulation erschöpft sind, wird dieser Weg des vorausschauenden Steuerns der einzig gangbare sein.“ (Frederic Vester)

2. „Und so schauen wir ins Land...“

Um das „Und“ (Vernetzung, Synthesis, „dritter Weg“) ging es dem Deutschen Werkbund bei seiner Gründung 1907 durch progressive Künstler und Industrielle – um die Verbindung von Handwerk und Industrie, Ästhetik und Funktion. Am Staatlichen Bauhaus in Weimar – einer vom Deutschen Werkbund maßgeblich beeinflussten, 1919 gegründeten Einrichtung – sollte der Studierende „außer der fachmännischen eine möglichst erweiterte synthetische Bildung erhalten“; er sollte „im Idealfall nicht nur als neuer Spezialist, sondern auch als neuer Mensch ausgerüstet werden“. (Wassily Kandinsky) Die Bestrebungen des Werkbundes heute gelten der humanen Gestaltung unserer Umwelt – von den Dingen des täglichen Gebrauchs über das Wohnen, die Stadt, das Land bis zur Sicherung

der biologischen Lebensgrundlagen. Wesentliches Ziel ist die Intensivierung des Verantwortungsbewußtseins des Einzelnen für die soziale und kulturelle Entwicklung und mit ihr die Förderung der Qualität im gesamten Bereich der gewerblichen Wirtschaft durch das Zusammenwirken der gestaltenden und produzierenden Kräfte.

„Werkstatt“ als Topos ist für die moderne Industriegesellschaft wichtig geblieben, weil hochkomplexe Systeme im besonderen der Werkstattgesinnung und -gesittung, also der Verantwortungsethik, bedürfen. Goethe hat diese in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ idealtypisch beschrieben. „Was der Mensch auch ergreife und handhabe, der einzelne ist sich nicht hinreichend, Gesellschaft bleibt eines wackern Mannes höchstes Bedürfnis. Alle brauchbaren Menschen sollen in Bezug untereinander stehen, wie sich der Bauherr nach dem Architekten und dieser nach Maurer und Zimmermann umsieht. Und so ist denn allen bekannt, wie und auf welche Weise unser Bund geschlossen und gegründet sei; niemand sehen wir unter uns, der nicht zweckmäßig seine Tätigkeit jeden Augenblick üben könnte, der nicht versichert wäre, daß er überall, wohin Zufall, Neigung, ja Leidenschaft ihn führen könnte, sich immer wohl empfohlen, aufgenommen und gefördert, ja, von Unglücksfällen möglichst wiederhergestellt finden werde.“

Ein Diktum von Ralf Dahrendorf bringt die bildhafte Utopie des „Wilhelm Meister“ sozusagen auf den Begriff: „Wer irgendeinem Lebensbereich die Unfreiheit als unvermeidlich zugesteht, kann sich, ja wird sich bald in einer Welt finden, in der diese Unfreiheit alles beherrscht. Die Forderung der Freiheit ist immer absolut... Das heißt, daß die Forderung die sein muß, alle Arbeit in Tätigkeit, alles heteronome Tun vom Menschen in autonomes Tun zu verwandeln. Noch der letzte Rest von Arbeit steht unter dem Anspruch der Verwandlung in Tätigkeit.“

Der Deutsche Werkbund hat sich, bei allen Anfechtungen, denen er im Laufe der Jahrzehnte ausgesetzt war – etwa dem Ästhetizismus (was ihm die Spottbezeichnung einer „Schöne-Tassen-Vereinigung“ eingebracht hat) –, stets bemüht, über die Alltagswelt hinausreichende ganzheitliche Visionen bzw. sinnlich erfaßbare Utopien zu entwickeln und „Sonntagsworte“ zu formulieren, mit der entschiedenen Absicht, sie für den Werktag durchzusetzen. Mit großer Sensibilität hat er die Gefährdungen humaner Umwelt und Gesellschaft vorausgesehen und sich eingemischt – freilich oft, umgeben von Ignoranten und Wahnsinnigen, vergeblich. So thematisierte bereits 1959 der Werkbund-Tag (in Marl) „die große Landzerstörung“.

„Landschaft“ ist seitdem ein Schwerpunkt der Arbeit geblieben. In „Werk und Zeit/Perspektiven 1“, einer neuen Schriftenreihe des Werkbundes („Beiträge zur Zukunft der Moderne“) heißt es: „Die Landschaft ist das Gesetz‘ – diese Maxime des Deutschen Werkbundes bereits aus den fünfziger Jahren gilt heute dringlicher als je zuvor, besonders im Verhältnis von Stadt und Region. Verbrauch der Landschaftsfläche und Beeinträchtigung der Boden- und Wasserqualität durch Wohnen, Gewerbe und Industrie, Verkehr und Infrastrukturen aller Art werden heute in Regionalverbänden mühsam und mit großem Zeitaufwand eingedämmt. Es wird aber nirgendwo in den großen Bal-

lungsgebieten ökologisches Gleichgewicht, geschweige denn landschaftsgestalterische Qualität in der funktionalen und ästhetischen Zuordnung grüner und bebauter Flächen erreicht. Die Landschaft muß tatsächlich zum Gesetz werden, das Mindestanforderungen an Ökologie und Gestaltung garantiert. Die Instrumente der Landschaftsplanung, Bauleitplanung, Landschaftsschutz, Naturschutz sind keineswegs ausreichend. Die verbindliche Formulierung von Leitbildern, Zielen und Rahmenvorgaben für den Zusammenhang von Landschaft und Bebauung muß gesetzlich gefordert werden.“

Die Mehrdimensionalität des Begriffs „Landschaft“ gilt es zu begreifen, auch ihren – im Sinne von Friedrich Schillers Gedicht „Der Spaziergang“ – heuristischen Wert für den Enkulturationsprozeß der Menschheit: das Ineinandergreifen von Stadtlandschaft, Informationslandschaft, Kulturlandschaft, Naturlandschaft... Deren Kartierung macht deutlich, mit welchen Problemen vernetztes Denken und Handeln konfrontiert ist:

- *Stadtlandschaft.* Die Manhattanization nimmt zu, die Fetischisierung von Skyline und luxuriösen Stadtkernen. Das stadtästhetische Design überdeckt die zunehmende Verslumung und Peripherisierung bzw. Ausgrenzung von Urbanität. Do the right thing – sozialer Gerechtigkeitsinn mit Lastenausgleich müßte dafür sorgen, daß die ein enormes Maß von Frustrationsaggressivität freisetzende zweigeteilte Stadt überwunden und der Kosmos Stadt wieder hergestellt wird; dieser lebt vom Netzwerk der Parzellen (versus „Block“) und der Nischen (versus Planifikation).
- *Informationslandschaft.* Die Überfülle der Daten macht deren Verarbeitung immer schwieriger. Die Elektronik erleichtert zwar die Bereitstellung umfassend verknüpften Wissens; aber superintelligente Maschinen nützen nichts, wenn subintelligente Menschen sich ihrer bemächtigen. Ohne Allgemeinbildung bleibt humane Zielfindung suspendiert. Versäumte Sinnfragen – warum und wozu tun wir was wie mit welchen Mitteln ... woher kommen wir, wohin gehen wir – befördern das Abgleiten in Mystizismen, Irrationalismen, in einen gleichschaltenden, Lösungen wie Erlösung suggerierenden Fundamentalismus.
- *Kulturlandschaft.* Auch bei gerechter Verteilung von Arbeit wird bei zunehmender Verwendung von High-Tech das Ausmaß menschlicher Arbeit zurückgehen, freie Zeit zunehmen; wird diese nicht in Freiheit genützt, erweist sie sich als Quelle gefährlicher, psychosomatisch sich auswirkender Fehlentwicklungen. Das freigesetzte triebdynamische Potential muß sublimiert, also „veredelt“ werden. Die Arbeits- und Freizeitgesellschaft bedarf der Tätigkeitsgesellschaft als ausgleichendem Faktor. Ein erweiterter Kulturbegriff ist insofern identitätsstiftend, als er eine postmoderne Vita activa anstrebt. Kommunikation, Kreativität, Inspiration ermöglichen es dem Menschen, aus seiner Vereinzelung und angstbesessenen Isolierung herauszutreten und sich im Bunde mit anderen zu verwirklichen. „Kulturlandschaft“ lokalisiert humane Betätigungsmöglichkeiten in Form einer vielfältigen und anregenden Infrastruktur.
- *Naturlandschaft.* Jenseits der Romantisierung von Natur, die sich als ein Produkt von Kultur- und Zivilisationsmüdigkeit erweist, wird man in der Bezähmung von Natur eine große menschl-

che Leistung sehen können. Natur wird in Kulturlandschaft verwandelt; in dieser waltet nicht Darwinismus (Sozialdarwinismus); Ziel ist der Garten als terre des hommes.

Die realutopische Kulturlandschaft ist im Sinne Ernst Blochs Heimat: Territorium, da der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch in Ruhe sich selbst erfaßt und das Seine ohne Entäußerung in realer Demokratie zu begründen versucht. Das (real)utopische Denken hat den Nachteil, daß es Projektion und Projekt ist (projectum: das Vorausgeworfene), nicht auf empirische Ergebnisse zurückgreifen kann, also vage bleibt. Es hat den Vorteil, daß es Ziele vorgibt, ohne die man sich nicht auf den Weg machen würde. Dabei ist das Experiment besonders wichtig: es klärt im Vorgriff ein Stück Zukunft konkret auf und ermöglicht so die Verifikation und Falsifikation utopischer Ansätze, verhindert zugleich, daß diese von unprüfbarem Dogmatismus und verabsolutierender Ideologie usurpiert werden.

3. „Wir bauen eine neue Landschaft...“

Die gerade auch vom Deutschen Werkbund angemahnte zukunftsorientierte „postmoderne“ Landschaftsgestaltung steht im Mittelpunkt einer Reihe exemplarisch zu verstehender Projekte, die zu der Feststellung ermutigen, daß eine positiv zu sehende Zukunft bereits begonnen hat.

- Das „*Rhein-Kolleg*“, von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Werkbundes, dem Architekten Hellmut Striffler, 1988 initiiert, entspricht einer Arbeitstradition im Werkbund: nämlich die umfassende Sicht auf komplexe Zusammenhänge als Grundlage von Gestaltung – hier am Beispiel einer Flußlandschaft. Als öffentliches Forum versucht das „Rhein-Kolleg“, den mitteleuropäischen Raum beidseits des Stromes als internationale und interkulturelle Landschaft mit historisch gewachsener Dimension begreifbar zu machen und über die dadurch sich entwickelnde Bewußtheit von Vernetzung der (schon weit gediehenen) Zerstörung seines „Gleichgewichts“ entgegenzutreten. Gerade Flußlandschaften – andere europäische Projekte unterstreichen dies – erweisen sich als wichtiges Praxisfeld für den Grundsatz „Global denken, lokal handeln“. Ihr archetypischer Charakter kann Prägeform für das erstrebte kulturelle und zivilisatorische Rhizom sein: sinnvolles Geflecht der konkurrierenden Bedürfnisse – statt eines Kampfes der Subsysteme, bei dem zur Zeit die Ökonomie hegemonial sich durchgesetzt hat.
- „*Industrielles Gartenreich*“ heißt ein Projekt am (neuen) Bauhaus Dessau, das, als kulturelles Langzeitprojekt initiiert, den historischen und aktuellen Modernisierungsprozeß in der Region Dessau, Bitterfeld, Wittenberg zum Gegenstand hat. (Die Expo 2000 in Hannover wäre gut beraten, wenn sie sich dafür – als Außenprojekt – besonders engagieren würde.) Die eigenwillige Formulierung will der fatalen Zerstörung von Landschaft durch Industrialisierung, vor allem Braunkohleabbau (Bitterfeld) mit einem Zukunftsmodell entgegentreten, das an den Wörlitzer

Park (das Worlitzer Gartenreich), den „Aufklärungsgarten“ aus dem 18. Jahrhundert mit seiner umfassenden, Bildungswesen, Verwaltung, Militär, Straßenbau, Sozialfürsorge, Architektur, Kunst, Religion, Presse einbeziehenden philanthropisch intendierten Landschaftsplanung anknüpft. In Anbetracht des Endes der industriellen Arbeit und des Ausbeutungsgrades natürlicher Ressourcen in dieser Region geht es um die Entwicklung sinnvoller Arbeit, um die Regeneration und Melioration der Gesamt-Landschaft. Forschung, Planung, Bildungsarbeit sollen bei der Initiierung von Kreisläufen, in denen ökologische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklungen ineinandergreifen, mithelfen. Ziel ist eine durch das Gleichgewichtsprinzip bestimmte kulturlandschaftliche Modellregion!

- Die Internationale Bauausstellung „Emscher Park“ ist unter den Beispielen integrierter Landschaftsgestaltung wohl das größte, bekannteste und bereits am konkretesten entwickelte Projekt. Raumhalden, vergiftete Böden, verlassene Industrieanlagen, durchzogen von eingedeichten, einbetonierten, eingezäunten, versiegelten Flüssen und Bächen (insgesamt 356 km lang), die zu Kloaken geworden sind, bestimmen eine vom Wirtschaftswunder ruinierte Region. Das Strukturprogramm „Emscher Park“ des Landes Nordrhein-Westfalen (seit 1989) soll in Form eines ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Umbaus (auf etwa 25 Jahre angelegt, mit Kosten von 8 – 10 Milliarden DM) den Kohlenpott „aufforsten“. „Das Hauptthema steckt schon im Namen und lautet ‘Park’. Man spricht von Gewerbe-, Technologie-, Handwerker- und Wissenschaftsparks und meint ohne euphemistische Hochstapelei genau das, eine neue Übereinkunft mit der Landschaft. Und natürlich ist damit auch der ganze Flickenteppich der fünf, sechs regionalen Grünzüge gemeint, der nun mit Nachdruck zu einem miteinander verknüpften, mit vielerlei Wegen erschlossenen, von Hindernissen befreiten Landschaftspark zusammengefügt werden soll.“ (Manfred Sack).

4. „Wir müssen weiter...“

Eine Landschaft der Vernetzung – unter anderem von Denkmalschutz und Beschäftigungspolitik, Landschaftsgestaltung, Boden- und Gewässerfürsorge, Kunst und Freizeit, besserer Architektur und humanen Städtebaus – ist notwendig. Dafür bedarf es der Anreger, Provokateure, Herzschrittmacher. Therapeutische Maßnahmen sind äußerst dringlich, will man den Patienten noch retten. Die laufenden und angelaufenen Projekte gleichen mehr Intensivstationen als medizinischer Vorsorge. Da über Jahrzehnte, seit Beginn der Industrialisierung, die Primärprävention versagte, muß man für „sekundäre Abhilfe“ nun viel zahlen – und noch ist nicht sicher, ob es gelingt, die „Amerikanisierung“ der Landschaft – ihre durch Monokulturen bewirkte Erosion – aufzuhalten. Statt sich zur kompensierenden Erholung in die Alpenregion und andere naturbestimmte Nischen zu flüchten, sollten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, aus dem Hause tretend, nicht nur ein paar Bäume sehen wollen, sondern kulturlandschaftliche Lebensqualität einfordern und an deren Verwirklichung tatkräftig mitarbeiten.

Am Ende seines profunden kürzlich erschienenen Buches „Geschichte der Landschaft in Mitteleuropa“ schreibt Hansjörg Küster: „Wie man die Konstanz der Lebensräume für die als Kulturfolge entstandene Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten erhalten und dabei die natürlichen Sukzessionen, den Wandel, integrieren will, ist ein komplexes Problem, das nicht nur mit der Larmoyanz eines Epimetheus angegangen werden darf. Die Geschichte der Kulturlandschaft zeigt, daß es immer wieder neue ‘Initialen’ für die Entstehung von Landschaftsstrukturen gegeben hat. Das Anlegen von Äckern, Bahndämmen, Müllhaufen und Parks führte stets zur Neu-Einbürgerung weiterer Tier- und Pflanzenarten, also zur Vergrößerung der Vielfalt. Konsequenterweise kann man sich daher nicht in jedem Fall gegen die Einführung weiterer Landschaftselemente stellen.“

Der Weg zum nahen „ausgeglichenen“ Lebensraumglück ist freilich noch weit. Als Vademekum bedarf es des „Und“-Denkens, das dem „industriellen Gartenreich“, dem natürlichen/zivilisatorischen Rhizom zugewandt ist.

Die Autorinnen und Autoren

Hermann Glaser

Prof. Dr. Hermann Glaser, geboren am 28. August 1928 in Nürnberg, studierte von 1947 bis 1952 Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Erlangen und Bristol. Nach seiner Promotion 1952 und dem Lehramtsexamen trat er in den Schuldienst ein. Hermann Glaser war von 1964 bis 1990 Schul- und Kulturdezernent der Stadt Nürnberg und wurde durch seine kulturpolitisch innovativen Konzepte und Projekte bundesweit bekannt. Als Publizist hat er zahlreiche Bücher und Aufsätze zu pädagogischen, sozialwissenschaftlichen, kulturgeschichtlichen und kulturpolitischen Themen verfaßt. Hermann Glaser war bis 1990 Vorsitzender des Kulturausschusses im Deutschen Städtetag. Er ist Mitglied des PEN, Honorarprofessor an der Technischen Universität Berlin und war als Gastprofessor im In- und Ausland tätig. Vom Sommersemester 1996 bis zum Wintersemester 1997/98 hatte Hermann Glaser die Stiftungsgastprofessur der L-Bank am Interfakultativen Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) inne. Für sein publizistisches Werk wurde ihm 1993 der Große Kulturpreis der Stadt Nürnberg verliehen.

Hartmut Kuhlmann

Dr. Hartmut Kuhlmann, geboren 1957, studierte Philosophie und Theologie in Heidelberg und promovierte 1992. Während des Studiums war er unter anderem wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Naturphilosophie der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FES) in Heidelberg und Redaktionsassistent der Internationalen Zeitschrift für Philosophie (Metzler Verlag, Stuttgart). Nach einem Zwischenspiel in einer PR-Agentur ist Hartmut Kuhlmann seit 1993 Redakteur und seit 1997 Mitherausgeber der Universitas (Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart).

Hans-Peter Lühr

Hans-Peter Lühr, geboren 1951 in Dresden, wo er auch an der dortigen Technischen Hochschule ein Technik-Studium zum Dipl.-Ing. Maschinenbau abschloß und danach 4 Jahre in einem Konstruktionsbüro arbeitete. Nebenher spielte er Amateurtheater und wechselte 1978 in einen belletristischen Verlag (Mitteldeutscher Verlag Halle). Ab 1981 studierte Hans-Peter Lühr am Literaturinstitut Leipzig und arbeitete dort als Lektor (zuletzt verantwortlich für die Kulturgeschichte). Er schrieb gelegentlich Kritiken und betreute Herausgaben (Otto Griebel; Ich war ein Mann der Straße, Lebenserinnerungen eines proletarischen Malers/Weinmond im Meißner Land – Literarische Streifzügen).

ge durch Sachsen/Wir sind das Volk – Dokumente zur Wende). 1990 kehrte Hans-Peter Lühr nach Dresden zurück, wo er die Dresdner Hefte übernahm und Geschäftsführer des Dresdner Geschichtsvereins wurde.

Caroline Y. Robertson-Wensauer

Dr. Caroline Y. Robertson-Wensauer, geboren 1951 in Glasgow, studierte nach ihrer Ausbildung zur Hotelfachfrau Soziologie, Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte in Heidelberg und Karlsruhe und promovierte 1990 in Soziologie. Sie ist Gründungsmitglied und Geschäftsführerin des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH). Caroline Y. Robertson-Wensauer ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kulturwissenschaft und Mitglied des Fachbereichs „Interkulturelle Frauenarbeit“ des Deutschen Frauenrats. 1998 wurde sie zum Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V., Bonn, ernannt. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten gehören Problembereiche des interkulturellen Vergleichs, ethnische Identität und politische Mobilisation. An der Universität Karlsruhe (TH) lehrt sie im Rahmen der Studienbausteine Multikulturalität, Interkulturelles Lernen, Kultursociologie, Kulturpolitik und Kulturökonomik des Begleitstudiums „Angewandte Kulturwissenschaft“. Im englischsprachigen Aufbaustudiengang Resources Engineering lehrt sie außerdem Fundamentals of Social Economics.

Dieter Sauberzweig

Prof. Dr. Dieter Sauberzweig, geboren am 17. November 1925 in Frankfurt an der Oder, hat nach einem Studium der Geschichte, Philosophie und Pädagogik an der Universität Hamburg seine berufliche Arbeit 1953 bei der Studienstiftung des deutschen Volkes in Bonn–Bad Godesberg begonnen und war viele Jahre deren Geschäftsführer. Kommunalpolitische Erfahrungen sammelte er zwischen 1966 und 1977 als Schul- und Kulturdezernent und Stellv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages in Köln. Es folgte eine politische Tätigkeit als Senator für Kulturelle Angelegenheiten (1977–1981) und als Mitglied des Abgeordnetenhauses (1981–1985) in Berlin. Von 1981–1991 leitete er das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, dessen Aufgabe es ist, wissenschaftliche Forschungsergebnisse für kommunale Praxis nutzbar zu machen. Seit 1983 lehrt Dieter Sauberzweig als Honorarprofessor Kommunal- und Regionalpolitik an der Fakultät für Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz. Er hat zahlreiche Beiträge zu kommunal-, kultur- und bildungspolitischen Themen veröffentlicht, dabei stehen Fragen zur Zukunft der Stadt im Mittelpunkt.

Hans Gerd Schütte

Prof. Dr. Hans Gerd Schütte, geboren am 15. Juni 1932 in Köln, studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre und Soziologie. Nach seinem Examen als Diplomkaufmann unternahm er soziologische Forschungen in der Stahlindustrie und im rheinischen Braunkohlerevier. 1964 wurde er Assistent am Lehrstuhl für Soziologie und Wissenschaftslehre der Universität Mannheim. 1968 promovierte er über den empirischen Gehalt des Funktionalismus. Seit 1975 ist Hans Gerd Schütte Ordinarius für allgemeine Soziologie an der Universität Groningen. Hans Gerd Schütte forscht und publiziert auf dem Gebiet der Regionalplanung, der Bürokratie- und Organisationssoziologie sowie der Berufssoziologie.

Die Publikationen des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH)

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Heft 1/97, Jahrgang 1: Aspekte aus Wissenschaft und Praxis
mit Beiträgen von Hermann Glaser, Hartmut Kuhlmann, Hans-Peter Lühr, Caroline Y. Robertson-Wensauer, Dieter Sauberzweig, Hans Gerd Schütte

Heft 2/97, Jahrgang 1: Aphorismen zu Stadt-Ansichten
mit Beiträgen von Petra Berges, Axel Bust-Bartels, Hermann Glaser, Wolfgang Kil, Reinhard Knodt, Rolf Kuhn, Ingrid Mielenz, Christian Neuhaus, Jürgen P. Rinderspacher, Caroline Y. Robertson-Wensauer, Bernhard Schäfers, Renate Schostack, Olaf Schwencke, Christiane Thalgott, Rotraut Weeber

Heft 1/98, Jahrgang 2: (Ohn)Macht der Politik
mit Beiträgen von Gerd Albrecht, Gottfried Capell, Peter Conradi, Hermann Glaser, Antonia Grunenberg, Anke Martiny, Jürgen Morlok, Caroline Y. Robertson-Wensauer, Bernhard Schäfers, Olaf Schwencke, Kurt Sontheimer, Helmut Spinner, Manfred Zach

Heft 2/98 u. 1/99, Jahrgang 2/3: Campus Internationale. Entwicklung und Perspektiven des Ausländerstudiums an der Universität Karlsruhe, erscheint als Doppelausgabe im Frühjahr 1999

Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Band 1a Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):
Multikulturalität – Interkulturalität? Probleme und Perspektiven der multikulturellen Gesellschaft, 1. Auflage, Baden-Baden 1993

Band 1b Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):
Multikulturalität – Interkulturalität? Probleme und Perspektiven der multikulturellen Gesellschaft, 2., überarbeitete Auflage, erscheint 1999 bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Band 2 Christoph Beat Graber:

Zwischen Geld und Geist. Interferenzen von Kunst und Wirtschaft aus rechtlicher Sicht, Baden-Baden 1994

Band 3 Gregor Paul und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):

Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage, Baden-Baden 1997

Band 3b Gregor Paul und Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):

Traditionelle chinesische Kultur und Menschenrechtsfrage, 2. Auflage, Baden-Baden 1998

Band 4 Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):

Japan in interkulturellem Kontext, Baden-Baden 1998

Band 5 Caroline Y. Robertson-Wensauer und Carsten Winter (Hrsg.):

Kulturwandel und Globalisierung, Baden-Baden 2000

Band 6 Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):

Aspekte einer Angewandten Kulturwissenschaft, Baden-Baden 1999

Band 7 Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.):

Slowakei: Gesellschaft im Aufbruch. Nation – Kultur – Wirtschaft, Baden-Baden 1999 (im Druck)